Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 3 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 564.

Nr. 200. **Magdeburg, Freitag den 26. August 1904.** **15. Jahrgang.**

Der Fall Schippel.

Wenn nicht alles täuscht, wird der diesjährige Parteitag sich wieder einmal mit dem Genossen Schippel zu beschäftigen haben. Seit geraumer Zeit rühren sich geschäftige Federn und bereiten ihre Leser darauf vor, daß den Sünder am zollpolitischen Parteiprinzip unbedingt der große Parteibann treffen müsse. Allerdings nicht immer in einwandfreier Weise. Aber was tut's! Ueber mangelnde Sachkenntnis hilft unzweifelhafte Gesinnungstüchtigkeit leicht hinweg und bei der berechtigten Empörung über das Vorgehen der zolltollen Kardorff-Mehrheit im Reichstag ist es nur zu begreiflich, daß bei Erörterung zollpolitischer Streitfragen jene kühle Ruhe abhanden gekommen ist, die Streiter über theoretische Grundfragen beseelen soll. Das hat Schippel reichlich erfahren und ich glaube, die Bremer Tage werden ihm aufs neue zeigen, wie wenig der jetzige Augenblick geeignet ist, an der sozialdemokratischen Handelspolitik herumzumäkeln.

Wenn nun einer in der Partei es verdient, daß ihm recht gründlich der Kopf gewaschen wird, dann der Genosse Schippel. Mehr noch wie die Sache, die er verficht, ist es die Form, die mit Recht Anstoß, ja Entrüstung hervorgerufen hat. Aber deshalb braucht man doch nicht gleich zum äußersten zu greifen und den Abgeordneten für Chemnitz aus der Partei auszuschließen, wie das verblümt und unverblümt verlangt worden ist. Ich halte seine sachlichen Darlegungen vielfach für falsch, seine Argumente für oberflächlich und den Ton, den er anschlug, für ungehörig, aber damit läßt sich der Ausschluß aus der Partei noch lange nicht rechtfertigen. Dieses Verlangen ist nur ein Ausfluß jenes Ketzerrichtens, das in letzter Zeit in unsern Reihen einige Liebhaber gefunden hat, ein Beweis wissenschaftlicher Intoleranz, die der deutschen Sozialdemokratie unwürdig ist. Lehnen wir daher die Schippelei ab, verurteilen wir aufs schärfste die polemischen Manieren Schippels — wozu allerdings nur die berechtigt sein dürften, die ihm gegenüber nicht in den gleichen Fehler verfallen sind —, aber lassen wir es auch dabei bewenden. Die Rücksichtnahme auf unsre Gegner darf uns nicht zu einem solchen Schritt verführen; denn ob wir so oder so handeln, recht machen wir es ihnen doch nicht, und bisher haben wir uns ja auch herzlich wenig von diesem Bestreben leiten lassen.

Und nun zur Sache. Einen zollpolitischen „Fall Schippel" haben wir in der Partei eigentlich schon seit dem Hamburger Parteitag. Dort sprach Schippel schon Anschauungen über sozialdemokratische Zollpolitik in Deutschland aus, die der herrschenden Auffassung widersprachen. Sie blieben aber unbeachtet, oder sie fanden auch wohl weniger Widerspruch, weil sie sich in der Hauptsache gegen die amerikanische Union richteten, die damals auch in sozialdemokratischen Kreisen wegen ihrer Auslegung des Meistbegünstigungsvertrags zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten großen Unwillen hervorgerufen hatte. Dann folgte Schippels Referat über Zoll- und Handelspolitik auf dem Stuttgarter Parteitag. Es enthielt im Kern eigentlich schon die ganze handelspolitische Auffassung, die Schippel auch heute vertritt — nur war seine agrarische Seele nicht so prononziert hervorgetreten wie später in einer Anzahl Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" und in seinem 1901 erschienenen Buch über „Grundzüge der Handelspolitik". In diesen letzteren Publikationen kam auch die eigenartige Manier Schippels, zu argumentieren wie ein Vollblutagrarier, aber in den Schlußsätzen die Konsequenzen dieser Argumentation abzulehnen, zu vollkommener Ausbildung. Kein Zweifel, daß gerade diese Art der Beweisführung den sachlichen Darlegungen Schippels viel geschadet und Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Gegnerschaft gegen die ausschweifenden deutschen Agrarierwünsche hervorgerufen hat.

Die Vorgänge in diesem Frühjahr sind noch in frischer Erinnerung. Ende Januar hatte Schippel in einer Wahlvereinsversammlung in Berlin einen Vortrag über Zollfragen gehalten und dabei nach dem Bericht des „Vorwärts" gesagt, es sei nicht wahr, daß die Preise der agrarischen Produkte infolge der Zölle gestiegen sind; niemand sei durch die Agrarzölle bereichert worden. Diesen Bericht des „Vorwärts" suchte Schippel als irreführend zu bezeichnen. Der Bericht erwecke besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die er als die heute in den parlamentarischen Mehrheiten maßgebenden Anschauungen geschildert habe, als seine eignen Auffassungen erscheinen. Kautsky aber führte alsbald den Nachweis, daß Schippels agrarpolitische Anschauungen dessen früheren Ansichten, die er in seinen „Grundzügen der Handelspolitik" niedergelegt habe, durchaus entsprächen. Schippel erwiderte, daß Kautsky heute innerhalb der Arbeiterbewegung nur noch das sei, „was man im persönlichen Verkehr einen Querulanten nennt". Mit Querulanten streite man jedoch nicht ohne Not. „Je mehr sie hinter einem her gestikulieren, um so mehr hat man selber die Pflicht, nichts zu hören, vernünftig zu bleiben und eventuell die Antwort auf ruhige Augenblicke zu vertagen." Kautsky antwortete wieder und forderte die Reichstagsfraktion auf, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, worauf diese Anfang März einen Beschluß faßte, der es Schippel zur Pflicht machte, „in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlich übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse Zollfragen fortan nur in einer jede Mißdeutung ausschließenden Weise zu behandeln", da seine in Wort und Schrift geäußerte Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit gegeben habe, die Stellung der Partei in diesen Fragen zu bekämpfen. Als noch weitere Anzapfungen in der Parteipresse erfolgten, erklärte schließlich Schippel, er werde seine Anschauungen über „Arbeiterklasse und Handelspolitik" in der Chemnitzer „Volksstimme" niederlegen, und wies seine Gegner solange zur Ruhe, bis diese Artikel erschienen seien.

Am 3. Mai erschien nun der erste dieser Artikel, der letzte am 10. August. Im ganzen nahmen die bandwurmartigen Artikel 47 Spalten der Chemnitzer „Volksstimme" ein. Sie boten dem, der sich schon früher mit Schippels Ansichten über handelspolitische Fragen beschäftigt hatte, nichts Neues, zeichneten sich aber durch eine Verwahrlosung des polemischen Tones aus, der schon einmal, besonders im Anschluß an den sechsten Artikel vom 28. Juni, in dem größten Teil der Parteipresse stark verurteilt wurde. Wir schwiegen damals, weil der Angriff dem Genossen Kautsky und nicht der Partei galt. Kautsky wird aber wohl selbst darauf zu antworten wissen und braucht weder die Unterstützung des „Vorwärts" noch die andrer Parteiblätter, wenn er sich mit Schippel auseinandersetzen will. Mögen die beiden also ihren Strauß miteinander ausfechten, die Parteipresse kann darauf verzichten, diese Seite des Falles Schippel zu behandeln. Ihr liegt nur die Pflicht ob, ihren Lesern über die sachlichen Anschauungen Schippels das mitzuteilen, was zum Verständnis der auf dem Parteitag zu erwartenden Debatten notwendig ist. Das soll in einem zweiten Artikel geschehen. —

mr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 25. August 1904.

Katholische Wissenschaft.

Auf dem Regensburger Katholikentag gibt es weder theologische noch politische Diskussionen. Jeder Redner sagt sein Sprüchlein her, jeder erntet stürmischen Beifall. So kann es kommen, daß ein einzelner Redner in seinen Zugeständnissen an moderne Auffassungen etwas weiter gehen kann, als es der strengen Lehre der Kirche entspricht, ohne deshalb Widerspruch zu finden. So sprach am Dienstag Herr Professor Schnürer aus Freiburg (Schweiz) über „Katholische Wissenschaft" und führte dabei aus:

„Wir wissen, daß es zwischen wirklich echtem Glauben und wirklich echtem Wissen keine Disharmonie gibt. Die Satzungen des Glaubens sind für uns keine Fesseln; wir haben sie angenommen als feste Ueberzeugung durch unsern Verstand."

Damit soll der Anschein hervorgerufen werden, als ob auch für die katholische Wissenschaft der kritisch prüfende Verstand des einzelnen Gelehrten der oberste Richter wäre. Ein solches absichtliches Verhüllen der Wahrheit ist von jedem Standpunkt aus tief bedauerlich. Denn in Wirklichkeit ist für den katholischen Gelehrten nicht sein eigner prüfender Verstand, sondern die durch seinen Glauben angenommene Unfehlbarkeit der Kirche das letzte entscheidende Moment. Nach dem Lehrbuch der Dogmatik des Erzbischofs Simar — um von vielen Quellen nur eine zu zitieren — „hat die profane Wissenschaft, solange sie sich auf ihrem eignen Gebiet bewegt und der geoffenbarten religiös-sittlichen Wahrheit nicht zu nahe tritt, keinerlei Einschränkung ihrer Freiheit und Selbständigkeit von der Kirche zu befürchten(!)." Die Grenze zwischen der religiösen Wahrheit und der „profanen" Wissenschaft wird aber wiederum nicht von dem Vertreter dieser profanen Wissenschaft, sondern von dem unfehlbaren Lehramt der Kirche festgesetzt. „Zu den Wirkungen der Unfehlbarkeit — schreibt Simar — gehört vor allem auch, daß die Kirche niemals willkürlich oder irrigerweise das Gebiet ihrer unfehlbaren Lehrgewalt über die von Gott ihr gesetzten Grenzen ausdehnen kann."

Hätte sich daher der Professor Schnürer korrekt im Sinne der katholischen Lehre, mit wahrhaft christlicher Aufrichtigkeit und ohne alle modernen Mätzchen ausgesprochen, so hätte er sagen müssen:

„Wir haben durch göttliche Offenbarung (nicht durch unsern Privatverstand) die feste Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit des kirchlichen Lehramts gewonnen, und halten darum jedes Resultat unsrer wissenschaftlichen Forschung für falsch, wenn es von der Kirche und ihrem Oberhaupt, dem Papst, für falsch gehalten wird."

Das ist dann eine ehrliche und ehrlich ausgesprochene Ueberzeugung, die den Respekt verdient, der jeder ehrlichen Ueberzeugung gebührt. Wenn man es aber auf dem Katholikentag aus Angst vor Widerspruch nicht mehr wagt, die Dinge offen bei ihrem Namen zu nennen, so ist das ein Zeichen von innerer Schwäche, von Haltlosigkeit und Zweifelsucht. Man kann aus religiöser Ueberzeugung auf die wissenschaftliche Freiheit verzichten, man darf dann aber nicht in der öffentlichen Versammlung des Katholikentages mit dem Anschein einer Freiheit prahlen, die man nicht hat und gar nicht haben will!

Des weiteren brachte der dritte Tag von Regensburg u. a. eine Rede von Dr. Barth (Straßburg) über die katholische Presse, in der behauptet wurde, in den Redaktionen der großen Zentrumsblätter säßen Männer, „die dank ihrer universalen Bildung jedem Ministersessel zur Zierde gereichen würden". Daß es die Herren von der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung" mit den Schönstedt, Studt, Hammerstein, Podbielski usw. an Bildung und Intelligenz aufnehmen können, darf gern geglaubt werden!

Prälat Dr. Schädler sprach über die Schule und erklärte dabei: „Der Anspruch, ihre Kinder selbst zu erziehen, ist ein unantastbares, natürliches Recht der Eltern." Danach werden etwa neun Millionen deutscher Kinder in sozialdemokratischem Sinne erzogen werden müssen. Leider gab es keine Möglichkeit, den Prälaten an diese erschröckliche Folgerung eines Satzes aufmerksam zu machen, der natürlich das Recht der Kirchenschule begründen sollte.

Der Fabrikbesitzer Brandts wetterte gegen „sozialen Radikalismus", der Generaldirektor Pieper teilte mit, daß der „Katholische Volksverein" rund 400 000 Mitglieder zähle.

Am Mittwoch gab es eine „Reliquienprozession" und Beratung über soziale Fragen, wobei in geschlossener Versammlung ein Haufen klingender Resolutionen beschlossen wurde.

Russische „Gnade".

Dem Zaren ist ein Sohn geboren worden, der gestern getauft wurde im Beisein vieler Fürstlichkeiten. Das Ereignis nahm der Friedenszar zum Anlaß, ein „Gnadenmanifest" zu erlassen, das folgende Bestimmungen enthält:

„Die Körperstrafen für die bäuerlichen Bevölkerungen sowie für Soldaten des Heeres und der Marine, wo sie noch für wiederholte Pflichtverletzung zur Anwendung kommt, werden aufgehoben. Alle Rückstände von Ablösungszahlungen, von Landschaftsabgaben und andern Steuern der Bauern werden erlassen; die bäuerliche Bevölkerung wird von der Rückzahlung der für Verpflegungszwecke bei Mißernten erteilten Darlehen befreit. Außerdem werden verschiedene Geldstrafen erlassen. Vergehen, welche sonst mit Geldstrafen, Arrest oder Festungshaft ohne Rechtsverlust bestraft werden, bleiben unbestraft, wenn sie am Tage der Geburt des Thronfolgers gerichtlich noch nicht anhängig gemacht sind oder ein gerichtliches Urteil noch nicht erfolgt war.

Außerdem enthält das Manifest eine Reihe von Vergünstigungen für Verbrecher, Sträflinge und politische Verbrecher, welche sich durch gute Führung ausgezeichnet haben: sie können nach Ablauf ihrer Strafzeit auf Fürsprache des Justizministers die bürgerlichen Rechte wiedererhalten. Politische Verbrechen, welche mindestens 15 Jahre vor Geburt des Thronfolgers begangen sind und bis zu diesem Tage unbekannt blieben, werden der Vergessenheit anheimgegeben. Politische Verbrecher, die in das Ausland geflüchtet waren und in die Heimat zurückzukehren wünschen, können durch den Minister des Innern um die Erlaubnis dazu nachsuchen. Den Inländern erläßt das Manifest alle bis zum 27. Januar 1904 fällig gewesenen und bei der Geburt des Thronfolgers noch nicht entrichteten rückständigen Gelder, Abgaben und Grundsteuern, ferner ein Viertel von etwaigen Darlehen in bar, Korn oder Mehl. Drei Millionen Mark aus Lebensmitteln werden zu den unantastbaren Fonds für die Bedürfnisse der kein Land besitzenden Personen hinzugeschlagen. Alle bisher nicht beigetriebenen Geldstrafen von Dorf- und Stadtgemeinden, welche die Wahl von Mitgliedern zu den Militäreinberufungsbehörden für 1903 und 1903 unterließen, werden nicht mehr eingezogen.

Den Finnländern, welche ohne Erlaubnis Finnland verlassen haben, wird gestattet, im Laufe eines Jahres nach Finnland zurückzukehren; Militärpflichtige haben sich sofort nach ihrer Rückkehr freiwillig zu stellen. Finnländer, die sich ihrer Militärpflicht entzogen haben, gehen straflos aus, falls sie sich innerhalb drei Monaten vom Tage der Geburt des Thronfolgers ab gerechnet, den Militärbehörden stellen. Vergehen mit Ausnahme von Diebstahl, Raub und Veruntreuung unterliegen nicht der Ahndung. Der Generalgouverneur von Finnland ist beauftragt, Maßnahmen zur Milderung des Schicksals von Personen, denen der Aufenthalt in Finnland untersagt ist, zu erwägen. Im Reiche werden die Familien von Juden, die sich ihrer Militärpflicht entzogen haben, von der ihnen auferlegten Geldstrafe befreit. Das Manifest stellt schließlich die Versorgung und Erziehung von Kindern der im Kriege gegen Japan gefallenen Offiziere und Untermilitärs in Aussicht."

Ein „liberales" Blatt, die „Nationalzeitung", rühmt an diesem Manifest die „wahrhaft fürstliche Liberalität"; es sei „ein echt humaner Sinn, der hier vom Throne herab zu den Mühseligen und Beladenen spricht". So malt sich in nationalliberalen Köpfen die Welt. Wir meinen, das ganze „Gnadenmanifest" sei eine freche Verhöhnung des ganzen russischen Volkes, die ein Bluthund wie Plehwe oder Wahl nicht besser ausgeführt haben würde wie der „Friedenszar", dem vor 4 Wochen die rächende Bombe den Willen des russischen Volkes kündete und der heute nichts Besseres zu tun weiß, als unter dem Namen eines Gnadenmanifestes ein Schriftstück zu erlassen, das die russischen Zustände beim alten läßt, sie aber noch unerträglicher macht, weil es gemeinen Spott und Hohn zu den tausendfältigen Ungerechtigkeiten hinzufügt.

Das Prügeln von Bauern und Soldaten soll aufhören, so heißt es in merkwürdig verklausulierter Form. Da die Gefangenen nicht erwähnt werden, darf also die barbarische Prügelei der Gefängnisinsassen fortgesetzt werden. Der Erlaß von Steuern usw. geschieht wohl nicht ganz freiwillig. Er erfolgt, weil sie doch nicht einzutreiben sind. Wie wenig der russische Staat jetzt in der Lage ist, auf Einnahmen zu verzichten, geht ja auch daraus hervor, daß die lächerlich geringe Summe von drei Millionen Mark dem Fonds hinzugefügt wurde, der die Armenpflege ersetzen soll.

Den Gipfelpunkt niedriger Heuchelei und frechen Hohnes erreicht das Manifest aber bei den „Vergünstigungen" für politische Verbrecher. Sie können nach Ablauf ihrer Strafzeit die bürgerlichen Rechte wieder erhalten, und solche, deren Straftat schon 15 Jahre zurückliegt, sollen sogar ungeschoren bleiben, eine Bestimmung, die merkwürdig viel Aehnlichkeit mit der alten Weisheit der Nürnberger hat, die keinen hängen konnten, ehe sie ihn hatten.

Dazu kommen dann noch ein paar Bestimmungen für Finnländer und Juden. Nichts findet sich darin von einer Aenderung des Systems, nichts von sozialen Reformen, auch nicht der leiseste Hauch konstitutionellen Lebens wird angekündigt. Die Ruhe des Friedhofs soll weiter über Rußland herrschen, der Despotismus auch in Zukunft das Regierungssystem Rußlands bleiben.

Dann wird natürlich auch der Kampf gegen dieses System in gleicher Weise wie bisher fortgeführt werden. Nikolaus 2. wird eine grausame Enttäuschung erleben, wenn er glaubt, den Durst der russischen Patrioten nach Freiheit und Gerechtigkeit mit „Gnadenmanifesten" dieser Art stillen zu können. —

Enttäuschung.

Väterchen hat aus Anlaß der Taufe seines Sohnes auch an seine Minister reichlich Orden ausgeteilt. Aber die Helden des Königsberger Prozesses sind gänzlich leer ausgegangen. Nicht einmal den Annenorden haben sie erhalten, der die Brust des Vaterlandsfeinds Professor v. Reußner schmückt. Weder Bülow noch Schütze, wieder Schönstedt noch Caspar, weder Hammerstein noch Lorenz sind bedacht worden, und selbst dem trefflichen Abel wird der Verlust „seiner" Uhr nicht durch das kleinste Ordensband vergütet!

Welche Ungerechtigkeit! Bauern und Soldaten sollen nicht mehr geprügelt werden, so will es die Gnade des Zaren. Wer sich aber in Deutschland für den Zaren moralisch prügeln läßt, erhält dafür kein Schmerzensgeld, nicht einmal das kleinste Bändchen! Ja, so geht es eben in Groß-Rußland zu! —

Deutschland.

* **Berlin,** 25. August. **Zwei Jahre Hererokrieg.** Die offiziös unterrichtete Scherlpresse meldet: „Am 30. d. M. wird ein neuer Transport von 800 Mann nach Südwestafrika abgehen. Militärischerseits wird mit der Notwendigkeit gerechnet, die dienstfähigen Mannschaften etwa zwei Jahre lang in dem Schutzgebiet zu belassen." Danach ist die Schätzung der „Schles. Ztg.", der Hererokrieg werde etwa 50 Millionen Mark kosten, ganz lächerlich falsch und viel zu gering. Die südwestafrikanische Wüste wird nicht nur mit Blut gedüngt, sondern auch mit Zwanzigmarkstücken gepflastert werden! —

— Es bestätigt sich, daß im Reichsschatzamt ein Gesetzentwurf betreffend **Aenderung des Brausteuergesetzes** vorbereitet wird. Die Vorlage bezweckt eine Entlastung der kleinen und mittleren Brauereien auf Kosten der großen, ohne Mehrerträge in Aussicht zu nehmen; jedoch wird es in Regierungskreisen nicht als ausgeschlossen betrachtet, daß der Reichstag die neue Grundlage benutzen wird, um der Reichskasse vermehrte Einnahmen zuzuführen. So wird gemeldet. Der Reichstag soll also das Odium auf sich nehmen, das deutsche Nationalgetränk zu verteuern. Die Regierung will gern die Einnahme, aber sie möchte doch ihre Hände in Unschuld waschen und daher dem Reichstage die Verantwortung für die Erhöhung der Biersteuer aufladen. Eine ganz neue Regierungsmethode. Einstweilen zweifeln wir nur, daß sie wirklich Anwendung findet.

— Dem „Vorwärts" wird von der russischen Grenze geschrieben, daß **russische Deserteure,** die glücklich über die Grenze kamen, in den meisten Fällen den preußischen Häschern zum Opfer fallen. „Es ist eine Tatsache, daß jetzt täglich russische Deserteure von preußischen Beamten auf den Bahnhöfen des Industriebezirks angehalten werden, von wo aus sie die Reise nach England oder Amerika antreten wollen. Die Beamten suchen die Wagenabteile vierter Klasse in der gewissenhaftesten Weise ab und wer dem Spürsinn der Herren in Myslowitz, Kattowitz, Beuthen oder Gleiwitz entgeht, wird sicher in Kandrzin gefangen, wo eine ganz besonders gründliche Revision der Wagen usw. erfolgt. Die Erwischten, die meist nicht das zur Reise nach England oder Amerika erforderliche Geld haben, werden als mittellose Ausländer ausgewiesen, d. h. sie werden an die russische Grenze nach Sosnowice gebracht und dort von russischen Beamten in Empfang genommen. Auf diese Weise wurden am Sonnabend neun russische Flüchtlinge ausgewiesen."

Wer von den Unglücklichen über die galizische Grenze zu flüchten vermag, hat das bessere Teil erwählt, da die dortigen Behörden die Armen, auch wenn sie ganz mittellos sind, nicht ausweisen. Preußen aber empfindet russischer wie Oesterreich und liefert die Unglücklichen aus. —

— Die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern gibt auf Grund der amtlich bekannt gegebenen Anbauflächen, für die diesjährige **Ernte in Preußen** an Körnerfrüchten eine vorläufige Schätzung, bemerkt aber dazu, daß positive Erdruschresultate in der Schätzung nur sehr wenig berücksichtigt werden konnten. Die Anbauflächen verstehen sich in Hektar, die Ernte ist in Tonnen angegeben, die in Klammern eingeschlossenen Zahlen sind die entsprechenden des Vorjahres. Die Schätzung hat folgendes Aussehen: Winterweizen Anbaufläche 1 089 879 (870 317), Ertrag pro Hektar in Tonnen 1,98 (2,02), Ernte 2 200 965 (1 759 952); Sommerweizen Anbaufläche 95 671 (172 225), Ertrag pro Hektar 1,85 (2,30), Ernte 176 991 (396 751); Winterroggen 4 589 642 (4 501 837), Ertrag pro Hektar 1,55 (1,61), Ernte 7 118 945 (7 286 828); Sommerroggen 60 618 (75 581), Ertrag pro Hektar 0,91 (1,02), Ernte 55 042 (77 837); Sommergerste 870 259 (917 104), Ertrag pro Hektar 1,66 (2,00), Ernte 1 444 630 (1 833 557); Hafer 2 733 990 (2 815 351), Ertrag pro Hektar 1,61 (1,84), Ernte 4 401 724 (5 172 140). —

* **Hamburg,** 25. August. Veranlaßt durch die zahlreichen Bauunfälle in der letzten Zeit fand hier eine Versammlung aller der **Bauarbeiterschutz-Kommission** angeschlossenen Gewerkschaften statt. Eine Resolution wurde angenommen, die es als die Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft des Baugewerbes bezeichnete, gemeinsam danach zu streben, daß endlich in Hamburg Gesetze erlassen werden, durch welche Leben und Gesundheit der Arbeiter mehr als bisher geschützt sind. —

* **Offenbach,** 25. August. Am 27. August sollte Pernerstorfer in Offenbach den Vortrag halten, den der Frankfurter Polizeipräsident für Frankfurter Arbeiter für zu gefährlich hielt. Jetzt hat aber das hessische Ministerium dem Einberufer der Versammlung mitgeteilt, **Pernerstorfer würde ausgewiesen,** wenn er den Versuch machen sollte, die Versammlung in Hessen zu besuchen. Als Grund wird angegeben: Pernerstorfers demonstratives Verhalten in der Frankfurter Versammlung und sein Brief an den Reichskanzler. Eine Offenbacher oder sonst hessische Versammlung mit Pernerstorfer als Redner wäre jetzt eine unzulässige Demonstration gegen einen befreundeten Bundesstaat. Das „rote Großherzogtum" scheint also selbst nichts gegen den Umstürzler zu haben, aber „die Demonstration gegen den befreundeten Bundesstaat", an der mag es sich nicht beteiligen. —

Der russisch-japanische Krieg.

Nur wenige Nachrichten liegen heute über die Lage von Port Arthur vor, aber diese wenigen bestätigen, daß das Schicksal der Festung sich bald entscheiden muß. Der Führer einer am Mittwoch in Tschifu eingetroffenen Dschunke berichtet, es sei den Japanern gelungen, das Fort auf dem Jischan-Berge und ein andres, ungefähr eine halbe Meile südwestlich davon gelegenes Fort zu besetzen. Die Japaner hätten die Russen von dem Paradefelde vertrieben und zwei Forts bei Tschautschankau innerhalb der östlich von Port Arthur gelegenen Befestigungen zerstört. In Port Arthur selbst sei kaum ein einziges Gebäude unbeschädigt. Das Rathaus und das Magazin seien zerstört. Vier große Schiffe seien kampfunfähig. Nur ein einziges habe noch Kanonen an Bord. Der teilweise Mißerfolg des japanischen Angriffs sei auf das furchtbare Feuer der Forts und auf die große Anzahl der Minen zurückzuführen.

Japanischen Nachrichten zufolge soll Port Arthur noch eine Woche lang bombardiert werden und alsdann soll ein gleichzeitiger Sturm auf alle russischen Stellungen erfolgen, gleichviel wieviel Leben es kostet. Das Bombardement kann jetzt in Chinwantao (am Ostufer des Golfs von Liaotung, 180 Kilometer entfernt) deutlich gehört werden. Seit dem 17. August dauert es ununterbrochen.

Einen neuen Verlust haben die Russen erlitten. Nach einer Depesche aus Tokio ist das russische Schlachtschiff „Sewastopol" aus Port Arthur ausgelaufen und auf eine Mine gestoßen. Es legte sich stark auf die Steuerbordseite und wurde im Schlepptau in den Hafen bugsiert. Man nimmt an, daß die russische Flotte, schwer bedrängt durch die fortwährende Beschießung, einen neuen verzweifelten Ausfall gemacht hat. Daß die russische Oberleitung einen zweiten Ausbruch aus Port Arthur plane, war schon gestern gemeldet worden. Nach dem vorstehenden Telegramm ist nun als sicher anzunehmen, daß die Schlachtschiffe — außer dem „Zesarewitsch" — nach dem Kampf vom 10. d. M. in den Hafen zurückgekehrt sind. Ueber das Gesamtergebnis des neuen Durchbruchversuchs fehlt noch jegliche sichere Nachricht. Das Port Arthur-Geschwader ist aber, das ist nun unzweifelhaft erwiesen, einmal gewesen. Die paar Schiffe im Hafen werden noch in Trümmer gehen, soweit sie es noch nicht sind, und die übrigen Schiffe, die am 10. August entkamen, sind ebenfalls für Rußland auf die Dauer dieses Krieges verloren.

Ueber die russischen Kriegsschiffe in Schanghai ist noch immer keine Entscheidung getroffen. Die Schiffe sind dem Befehl des Taotai, abzurüsten oder den Hafen zu verlassen, nicht nachgekommen. Eine Versammlung der Konsuln ist ergebnislos verlaufen; der russische Konsul hat daran nicht teilgenommen. Der amerikanische Konsul erklärte, seine Regierung beabsichtige sich nur einzumischen, wenn der Schutz des amerikanischen Eigentums es verlange. Man glaubt nun, daß die japanischen Kriegsschiffe, falls die Russen nicht baldigst den Hafen von Schanghai verlassen oder desarmiert werden, in den Hafen eindringen und dort zur Vernichtung der russischen Schiffe schreiten werden. Bei einem eventuellen Kampf zwischen russischen und japanischen Schiffen würden die Vertreter der fremden Mächte vollkommen passive Zuschauer im neutralen Hafen von Schanghai bleiben. Erst wenn durch das Vorgehen der japanischen Schiffe das Eigentum neutraler Mächte oder das Leben ihrer Untertanen gefährdet seien, würden die Vertreter dieser Mächte gegen dieses Vorgehen protestieren und eventuell Schadenersatz verlangen. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Schanghai, 25. August. Trotz der zuversichtlichen Sprache des Generals Stößel wird hier die Lage Port Arthurs für sehr ernst gehalten. Die permanenten Forts der Ostfront sind nunmehr seit dem 11. August unter ständigem Feuer. Die japanischen Batterien sind seit diesem Tage auf den Takuschan-Hügeln, die am 10. August als letzte vorgeschobene Position verloren gingen. Man erwartet den japanischen Sturmangriff auf die Ostforts schon für die nächsten Tage. Der russische Verlust seit Beginn des August beträgt 6000 Mann, also über ein Fünftel der Garnison. —

Hd. Tschifu, 25. August. Die japanischen Kreuzer „Nishi" und „Kasuga" haben die Forts östlich vom goldenen Hügel bombardiert und die dortigen Geschütze zum Schweigen gebracht. — Aus Port Arthur wird berichtet, das vergangene Nacht ausgebrochene Unwetter habe die schwimmenden Minen größtenteils zerstört. Es herrscht große Gefahr für die Schiffahrt. —

Hd. Petersburg, 25. August. Einer Meldung aus Korsakow zufolge sind bei dem Untergange des „Nowik" die Mannschaft und die Offiziere gerettet worden. Getötet wurden zwei Matrosen, verwundet ein Offizier und 12 Matrosen. —

Hd. Paris, 25. August. Rußland verlangt, bevor „Diana" in Saigon, „Askold" und „Grossowoi" in Schanghai desarmiert würden, eine von der japanischen Regierung den neutralen Mächten zu gebende bündige Zusicherung, daß gegen die abgerüsteten Schiffe kein Gewaltstreich unternommen werde. Japan soll geneigt sein, diesem Vorschlag näherzutreten, wenn er in solcher Form gemacht würde, daß die Tokioer Regierung keine Kritik ihres Verhaltens in der „Reifchitelny"-Affäre darin zu erblicken hätte. —

Hd. Petersburg, 25. August. Einer Depesche der „Nowoje Wremja" aus Liaojang vom 22. August zufolge begannen die Japaner auf der Südfront erhebliche Kräfte heranzuziehen. Täglich finden Scharmützel der vorgeschobenen Posten statt. Der Feind beunruhige besonders nachts, daher sei strenger Befehl ergangen, auf seine Schüsse nicht zu antworten, sondern nur kalte Waffen zu gebrauchen. In Inkau landeten die Japaner angeblich 80 000 Mann mit 200 Geschützen, wovon ein Teil nach Alt-Niutschwang, ein Teil nach Haitschöng geht. —

Hd. London, 25. August. Die Agitation gegen Rußland nimmt hier immer größere Dimensionen an, namentlich seit der Durchsuchung des Dampfers „Comedian" durch Kreuzer der russischen Freiwilligenflotte. In Lloydkreisen hegt man große Befürchtungen wegen eines andern Dampfers, der über das Kap der guten Hoffnung nach Japan unterwegs ist und Waren an Bord führt, die als Kriegskonterbande betrachtet werden können. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Formeraussperrung in Berlin scheint den Kühnemännern nicht nach Wunsch glücken zu wollen. Infolge des einmütigen Widerstandes der Arbeiter ist die Einigkeit der Unternehmer in die Brüche gegangen. Zwei Firmen sind aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, um freie Hand bei den Verhandlungen mit ihren Arbeitern zu haben. Auch der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein hat jetzt Stellung zu dem Formerstreik genommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte er: „Auf Grund der Tatsache, daß der Verband der Berliner Metallindustriellen die bereits vereinbarten Friedensbedingungen zwischen der Firma Schwartzkopff und den beteiligten Formern mit rauher Hand zerstört und damit, sowie in weiterer Folge dieses Eingriffs, eine große Zahl fleißiger und strebsamer Arbeiter durch die Aussperrung brotlos gemacht hat, erklärt die öffentliche Gewerkvereinsversammlung, daß nicht die Arbeiter, sondern der beteiligte Unternehmerverband die ganze Verantwortung für die durch den gegenwärtigen Kampf entstandenen und noch entstehenden Schädigungen trägt. Die Versammelten sind mit dem bisherigen Verhalten der Streikenden und Ausgesperrten völlig einverstanden und erklären, nachdem sich die Situation durch das Verhalten des Unternehmerverbandes zu einem Kampf gegen die Arbeiterorganisationen überhaupt entwickelt hat, ihre Organisationen und ihre Rechte energisch verteidigen zu wollen." —

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die **Former** in der Maschinen-Fabrik Scheffel u. Schiel in Mülheim a. Rh. streiken seit 23., weil der Inhaber der Organisation der Arbeiter gegenüber mit Einstellung des Betriebes (!) drohte. — Auch der Streik in der Thüringer Maschinen- und Fahrradfabrik Walter u. Co. dauert unverändert fort. Die Firma sucht an allen Orten **Dreher, Schlosser, Justierer** usw. Zuzug ist streng fern zu halten. — Die **Metallarbeiter** der Gesellschaft „Orivit" in Köln-Braunsfeld haben die Arbeit eingestellt. — Bei der Firma Gründing-Schkeuditz haben sich auch die **Maschinisten** und **Heizer** dem Ausstande angeschlossen. — 120 Arbeiter der **Blei- und Zinkhütte** der Stolberger Gesellschaft in Essen reichten wegen Lohndifferenzen ihre Kündigung ein. — Die **Galanteriewarenarbeiter** in Nürnberg haben die Arbeitsniederlegung beschlossen. — Die **Tischler** in Eilenburg haben den 4 Monate dauernden Streik gütlich beigelegt. Sie erreichten einen Tarif mit geregelten Löhnen, Arbeitszeit 2c. auf 3 Jahre. — Die **Drechsler** in Leipzig sind mit ihren Forderungen

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 200. Magdeburg, Freitag den 26. August 1904. 15. Jahrgang.

Elfte Jahresversammlung des Zentralverbands der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

K. München, 23. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Hierzu liegen verschiedene Anträge vor, die bereits von früheren Generalversammlungen angenommen wurden. Es wird beschlossen, diese Anträge als erledigt zu betrachten und in eine Verhandlung über sie nicht einzutreten.

Zu § 29 beantragt die Gemeinsame Ortskrankenkasse der Stadt Gotha: „Ermächtigung der Kassen, Gelder für vorbeugende Krankenfürsorge verwenden zu dürfen."

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg beantragt, § 49 Absatz 1 soll folgenden Zusatz erhalten: „Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte Person, welche aus irgend einem Grunde von der Versicherungspflicht bei der sonst für den fraglichen Betrieb zuständigen Krankenkasse befreit ist, bei dieser nach Name, Stand und Wohnung und Verdienst anzuzeigen."

Der Antrag wird ebenfalls angenommen.

Die Ortskrankenkasse Gotha beantragt folgenden Zusatz zu § 49 Absatz 3: „Lohnveränderungen, welche durch vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, sind dieser Meldepflicht nicht unterworfen; diese Versicherten bleiben deshalb in den bisherigen Lohnklassen."

Dieser Antrag erhält gleichfalls die Mehrheit der Stimmen.

Auf Antrag der Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg soll § 50 Absatz 1 folgenden Zusatz erhalten: „In Fällen, in welchen gegen den Arbeitgeber Ersatzansprüche geltend zu machen sind aus Nichtmeldung oder nicht rechtzeitiger Meldung der innerhalb des Beschäftigungsverhältnisses eingetretenen Lohnveränderungen, ist der Arbeitgeber nur in Höhe des Differenzbetrags des baren Krankengelds des Mitglieds bezw. des für seine Angehörigen während event. Krankenhausbehandlung zu zahlenden baren Krankengelds (Angehörigen-Unterstützung) ersatzpflichtig."

Der Antrag wird mit knapper Mehrheit genehmigt.

Sodann erstattet Gräf-Frankfurt den erneuten Bericht der paritätischen Kommission zur Prüfung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Ortskrankenkassen-Beamten. Die Kommission habe in ihrer gestrigen Sitzung den größten Teil der in der gestrigen Hauptversammlung von einzelnen Rednern gestellten Anträge abgelehnt. Bezüglich der Kündigung hat die Kommission beschlossen, daß die Kündigung gestattet sein soll, wenn ein Beamter wegen grober Pflichtverletzungen innerhalb dreier Jahre (Entwurf: ein Jahr) zweimal verwarnt werden mußte.

In der Debatte protestiert u. a.

Schumann-Berlin im Namen der von ihm vertretenen Kassenvorstandschaft dagegen, daß eine zuweit gehende Besoldung und Sicherstellung der Beamten geschaffen werden soll. Es werde nach der Vorlage den Vorständen schwer gemacht, faule und lässige Beamte zu entlassen. (Oho!-Rufe.) Ich erkläre, daß wir uns nie und nimmer diesem Beschlusse fügen.

Riem-Dresden bedauert die Ausführungen des Vorredners, der in einer Weise von den Beamten gesprochen habe, die man nicht billigen könne. (Lebh. Bravo!) Nach einzelnen räudigen Schafen könne man doch nicht die gesamte Beamtenschaft beurteilen. (Zustimmung.)

Poppe-Berlin ist gegen eine lebenslängliche Anstellung der Beamten. Wo diese mit ihrer Vorstandschaft Hand in Hand gehen, so hat letztere ohnehin ein Interesse daran, sich ihre tüchtigen Beamten zu erhalten. Jede Vorstandschaft wird wohl auch bestrebt sein, ihre Beamten so zu bezahlen, wie es sich gehört. Die Vorlage der Kommission möge abgelehnt werden, da die Delegierten sich über die vorliegende Frage erst mit ihren Mandatgebern besprechen müßten.

Fischer-Weimar reicht folgende Resolution ein: „Die 11. Jahresversammlung stellt sich grundsätzlich auf den in der Vorlage der Breslauer paritätischen Kommission vertretenen Standpunkt; sie erkennt jedoch an, daß sie keine zwingende Macht hat, die einzelnen Kassen zur Einführung der in Rede stehenden Bestimmungen anzuhalten. Doch richtet die 11. Jahresversammlung an alle Verbandskassen das dringende Ersuchen, freiwillig die Gehaltsverhältnisse der Kassenbeamten nach den besprochenen Grundsätzen zu regeln. Die heute hier versammelten Kassenvertreter erachten es als ihre moralische Pflicht, in dieser Richtung unablässig tätig zu sein."

Klees-Magdeburg verwahrt sich dagegen, daß die Krankenkassen zu Versorgungsanstalten für die Beamten gemacht werden. Man solle nicht einwenden, daß die Magdeburger Vorgänge nicht maßgebend zur Beurteilung sein könnten. Gerade diese Vorgänge seien ein Beweis, daß die Vorlage der Kommission unannehmbar sei. Bedauerlich sei es, daß man anscheinend alles Vertrauen zur großen Arbeiterbewegung verloren habe, sonst hätte man nicht solche Anträge gestellt. Auch die Resolution Fischer solle man ablehnen und einfach sagen: Die Vorlage ist für uns unannehmbar. Daß die Beamten anständig bezahlt werden, sei selbstverständlich.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Scholem-Berlin: Die vorgeschlagenen Gehälter seien zu hoch, denn es handle sich doch eigentlich nur um Schreiber. Ich betone, die Gelder der Krankenkassen dürfen nicht als Sturmbock für andre Zwecke verwendet werden. (Unruhe.)

Fischer-Weimar weist die Angriffe auf die Beamten zurück, man dürfe sich nicht beständig auf den Standpunkt des Arbeitgebers stellen. Die Beamten hätten keine Angst vor den Vorständen, sondern seien nur geleitet von dem Bestreben, sich ihre Existenz zu sichern. Die Beamten seien eben nicht nur von dem guten Willen der Vorstände abhängig, sondern auch von der Entwicklung der Verhältnisse. Er empfehle die Annahme seiner Resolution.

Nach längerer Debatte wird der Entwurf der Kommission mit großer Majorität angenommen. (Beifall.)

Ferner wird folgende Resolution (Antrag Riem-Dresden, ergänzt durch die Kommission) gegen eine Stimme angenommen:

„Die Jahresversammlung erkennt die Notwendigkeit und moralische Verpflichtung der Kassen an, die Pensions- und Reliktenfürsorge für ihre Beamten einzuführen. Die Jahresversammlung überweist im übrigen den in der Resolution der Breslauer Kommission enthaltenen Vorschlag über die Art der Reglung der Pensionsfrage an die Ortskrankenkassen zur Prüfung."

Mit allen gegen 5 Stimmen wird folgende von der Kommission vorgelegte Resolution angenommen:

„Nachdem die Jahresversammlung dem von der Kommission vorgelegten Entwurf zugestimmt hat, erklärt sie es für die moralische Pflicht der Ortskrankenkassen, die Reglung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse nach Maßgabe des beschlossenen Vertragsentwurfs u. a. in die Wege zu leiten. Die anwesenden Delegierten der Orts-Krankenkassen verpflichten sich, für Anerkennung und Durchführung dieses Beschlusses innerhalb ihrer Kreise zu wirken.

Des weiteren beschließt die Jahresversammlung das Fortbestehen der in Breslau gewählten Kommission zum Zwecke der Vorbereitung von Bestimmungen über die Schaffung eines tariflichen Zentralamts bezw. von Bezirks-Schiedsgerichten, die in der 12. Jahresversammlung zur Beratung und Beschlußfassung zu bringen sind.

Die Kommission hat die weitere Aufgabe, bis dahin neben den Delegierten für die Anerkennung und Durchführung der Beschlüsse der Münchner Jahresversammlung zu wirken."

Besprechung von Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten.

In der letzten Jahresversammlung in Breslau hat Prof. Dr. Neißer einen Vortrag gehalten und dabei u. a. folgende These aufgestellt. „Die Einführung einer regelmäßigen, jährlich ein- bis zweimal stattfindenden Untersuchung aller Kassenmitglieder ist anzustreben, weil eine solche nicht nur zur Aufdeckung beginnender Herz-, Lungen-, Nierenleiden, Zuckerkrankheiten usw., sondern auch zur Erkennung sehr vieler den Kranken ganz unbekannter oder von ihnen falsch gedeuteter geschlechtlicher Erkrankungen führen wird. Die Kassenärzte können ferner verpflichtet werden, jeden sich ihnen vorstellenden Kranken in geeigneter Form nach vorhandenen oder überstandenen Geschlechtskrankheiten zu fragen und für etwa notwendige Behandlung zu sorgen." Die Breslauer Jahresversammlung hat beschlossen, diese beachtenswerte These zum Gegenstand eines besonderen Referats zu machen und mit dessen Erstattung Gräf-Frankfurt zu beauftragen.

Gräf führt aus, die Vorschläge Neißers seien zurzeit undurchführbar. Die Kassen haben kein Recht, einen Zwang auszuüben; es würde nicht nur eine kolossale Belastung der Kassen, sondern auch durch die bloße Tatsache der Untersuchung, eine große Beunruhigung der Mitglieder entstehen. Der Referent schlägt vor, über diese These zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschließt so.

Weiter steht zur Beratung folgender Antrag der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte:

1. Die 11. Jahresversammlung des Zentralverbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich beschließt, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, welche die betreffenden Bestimmungen der beiden Gesetze derart in Einklang bringt, daß das Krankenversicherungs-Gesetz den Vorschriften des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes klar angepaßt wird, so daß künftighin Zweifel und Nachteile für die Versicherten und eine schwankende Rechtsprechung beseitigt werden.

   Eine demensprechende Petition ist seitens der geschäftsführenden Kasse unverzüglich an die Reichsregierung einzureichen.

2. Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich hat Kenntnis genommen von den Leitsätzen des Vorsitzenden der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, bezüglich der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, wonach die Krankenkassen den Landes-Versicherungsanstalten angegliedert werden sollen.

   Der Verband sind der Verwirklichung eines derartigen Projekts die vollständige Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten und der Arbeitgeber und protestiert gegen solche Pläne schon heute. Der Zentralverband erwartet von Regierung und Reichstag, daß das Krankenversicherungsgesetz so ausgebaut wird, wie es den wahren Interessen der Versicherten entspricht. Beibehaltung resp. Ausgestaltung des Selbstverwaltungsrechts ist hierfür die erste notwendige Voraussetzung.

   Sofern die Nachricht zutreffend ist, daß die Regierung mit einer erneuten Durchprüfung des sozialen Versicherungswesens beschäftigt ist, gibt der Verband der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung eine Enquete anordnet, um zur Klärung strittiger Fragen Material von allen Seiten zu gewinnen und daß demgemäß die beteiligten Kreise zur Teilnahme an der Enquete geladen werden.

   Der Verband wählt eine Kommission von neun Mitgliedern, drei Arbeitgebern und sechs Versicherten, welche beauftragt wird, eine Gegenvorlage auszuarbeiten und diese der Regierung und dem Reichstag zu unterbreiten.

Der Antrag 1 wird von Simanowski-Berlin und 2 von Sydow-Berlin ausführlich begründet.

In der Diskussion, die sich durchaus in zustimmendem Sinne bewegt, schlägt Riem-Dresden vor, mit Rücksicht auf die Kosten nicht eine besondere Kommission, sondern die geschäftsführende Kasse mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu beauftragen.

Dieser Vorschlag wird mit 124 gegen 75 Stimmen angenommen; im übrigen wird der Antrag 1 und 2 einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der Verband der Ortskrankenkassen Thüringens beantragt, der Zentralverband wolle beschließen: 1. Erhebungen zu veranstalten über den Umfang der durch Bleiweißvergiftung herbeigeführten Erkrankungen; 2. die Reichsregierung zu ersuchen, über ein Verbot der Bleiweißfabrikation und die Verwendung von Bleiweiß zu gewerblichen Zwecken dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Ziffer 1 dieses Antrags wird angenommen, über Ziffer 2 wird zur Tagesordnung übergegangen, da bereits die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs in die Wege geleitet ist.

Die Ortskrankenkasse Königsberg stellt diesen Antrag: „Die Ortskrankenkassen werden verpflichtet, Material darüber zu sammeln, für wieviel Mitglieder 1. exklusiv, 2. inklusiv Familienbehandlung in der Praxis sich ein Arzt als ausreichend erwiesen

---

Feuilleton.

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Musikanten-Roman.

Dem Andenken Franz Liszts gewidmet von Ernst v. Wolzogen.

(96. Fortsetzung.)

Und Florian genas wirklich, aber nur äußerst langsam. Erst kurz vor Weihnachten war er imstande, das erste Mal, auf einen Stock und Theklas Arm gestützt, einen kleinen Spaziergang zu unternehmen. Von da an aber erholte er sich schnell.

Thekla hatte die ganze Zeit über mit ihm unter einem Dach gewohnt. Die ersten Wochen hatte sie in seinem Zimmer auf dem Sofa geschlafen, und später hatte ihr Frau Stoltenhagen im selben Hause ein Zimmerchen mieten müssen, und zwar, um der polizeilichen Meldepflicht zu entgehen, auf ihren eignen Namen. Den schweren Pflichten der Krankenpflege hatte sie sich mit Ueberwindung aller falschen Scham und mit einer Hingebung und Umsicht unterzogen, welche dem behandelnden Arzt die vollste Hochachtung abnötigten und schließlich sogar Frau Stoltenhagens Feindseligkeit besiegten. Dieser braven Frau hatte es natürlich nicht lange verborgen bleiben können, daß das hübsche, feine Fräulein Florians erwählte Braut und demnach für ihre Nichte nunmehr endgültig nichts mehr zu hoffen sei. Die Frida zog es nunmehr selbst vor, die Spekulation auf die Mietsherren der Tante aufzugeben, und wurde Verkäuferin in einem Butter- und Käsegeschäft in einer äußerst militärischen Stadtgegend, wo sich reichliche Gelegenheit zu nur feinen Herrenbekanntschaften bot.

Ihren Pflegeeltern ließ Thekla von Zeit zu Zeit auf Umwegen Nachricht zukommen, ohne ihnen jedoch ihren Aufenthaltsort, noch auch den wahren Zweck ihrer Entfernung zu verraten. Was Florians Genesung solange hinzögerte, das war vor allen Dingen die nicht zu vermeidende Aufregung über seine Geldangelegenheiten. Der Gerichtsvollzieher sprach mindestens einmal jede Woche vor, um amtliche Zustellungen zu überbringen oder Pfändungen vorzunehmen. Das konnte natürlich dem Kranken, sobald er wieder bei Sinnen war, nicht verheimlicht werden. Den Bemühungen des Barons von Ried war es gelungen, wenigstens für einige kleinere Schuldbeträge Deckung zu verschaffen, aber es blieben immer noch an tausend Mark übrig, für welche Florian Wechsel unterschreiben mußte, in der Hoffnung, sie im Laufe eines halben Jahres durch den Ertrag einer neuen Konzertreise einlösen zu können. Die Schuld an die Wirtin, die Kosten der Krankheit zahlte Thekla, aber ihre Mittel waren gegen Weihnachten auch nahezu gänzlich erschöpft, trotzdem sie beinahe alle ihre mitgebrachten Schmuckgegenstände versetzt hatte. So mußte zuletzt auch Florians Uhr, sein Frackanzug und was sonst irgend entbehrlich war, ins Leihhaus wandern. Das allerschlimmste aber war die Aussicht, daß Florian wahrscheinlich auf Monate hinaus an der Ausübung seines Berufes gehindert sein würde. An Klavierspielen war selbstverständlich nicht zu denken, bevor sich seine Nerven nicht vollkommen wieder gekräftigt hatten, und dann blieb es sehr wahrscheinlich, daß es einer sehr langen Uebungszeit bedürfen würde, bevor er seine alte technische Fertigkeit wieder erlangte. Dem reichen Konsul Burmester wäre es ja freilich ein leichtes gewesen, seinem Kassenschrank zwei oder drei braune Scheine zu entnehmen und damit allen Sorgen ein Ende zu machen, aber Florians Stolz empörte sich dagegen, bei dem Manne betteln zu gehen, der ihn für den Verführer ansehen mußte, der seine geliebte Tochter auf unverzeihliche Abwege gelockt habe. Daß er Thekla heiraten werde, ob mit oder ohne den Segen der Burmesters, das stand für Florian fest. Aber er wollte aus eigner Kraft sich die Mittel dazu erringen. Er wollte kein Geld von den Burmesters annehmen, wenn sie es etwa der Tochter nur wie ein demütigendes Almosen nachwarfen. Nur Theklas fester Glaube an seine Zukunft, die ruhige Heiterkeit, die sie ihm gegenüber stets zeigte, hielten seinen Mut aufrecht und scheuchten das Gespenst der Sorge immer wieder von seinem Krankenlager.

Auch der Baron von Ried erwies sich als ein treuer Freund und sprach häufig vor, um mit Thekla die geschäftlichen Dinge zu beraten und ihr beizustehen in ihrem Bemühen, den Kranken aufzuheitern, wenn er wieder mutlos werden wollte. Später brachte er auch sein schwarzlockiges Mädchen, die Libussa Tomatschek, mit, und sogar der schöne Toby Tomatschek, der eine entsetzliche Furcht vor ansteckenden Krankheiten hatte, ließ sich in den letzten Wochen dann und wann von der Gesellschaft zu sein, wenn sich die wenigen Freunde Florians zum Tee bei ihm einfanden. Der große Mann konnte dann sehr liebenswürdig und rücksichtsvoll sein. Er wußte heitere Anekdoten aus der Theater- und Virtuosenwelt sehr hübsch zu erzählen und spielte auch zuweilen auf seiner Geige etwas vor, auf der er wirklich ein Meister war. Herr Tomatschek war überhaupt viel menschlicher geworden, seitdem seine Tochter auf der Bühne einen hübschen Erfolg gehabt hatte und dadurch endlich von ihrer faulen Genialität, die sie zu keiner vernünftigen Tätigkeit kommen ließ, ein wenig kuriert war. Das Drama des Barons mit dem groben Titel „Der Lumpenhund" war zwar durchgefallen, die Libussa Tomatschek jedoch, welche die Hauptrolle darin geschaffen, war von der Kritik als entschiedenes Talent bemerkt worden. So war es den Bemühungen des Barons doch wenigstens gelungen, das Mädchen, dessen vertrocknetes Wesen ihm bald heiß, bald kalt machte, auf eine gerade Bahn zu bringen. Im übrigen aber war sie, wie der Baron sich poetisch ausdrückte, immer noch eine „pseudodämonische Hundeschnauze" und ein „Frosch mit Eichenlaub" geblieben. Ja sogar Jean d'Oettern, dem sie der Baron in edler Selbstlosigkeit zugeführt hatte, damit er die Erweckung ihrer Weiblichkeit an ihr vollziehen sollte, hatte in diesem schwierigen Falle gänzlich versagt.

Bei ihren bescheidenen heitern Teeabenden spielte Thekla in ganz reizender Weise die Hausfrau. Alle schwärmten für sie, Libussa mit dem düsteren Blick nicht ausgenommen. „Süße Frau Thekla" wurde sie von allen genannt, und der Baron erklärte sich eines Abends sogar tief gerührt bereit, in ihre kleine Hand alle seine ketzerischen Gedanken wider den heiligen Ehestand abzuschwören. Ihr Verhältnis zu dem kranken Geliebten wurde eben von dem kleinen Freundeskreis wie eine wirkliche Ehe in Ehren geachtet.

(Fortsetzung folgt.)

hat, und dieses Material der geschäftsführenden Kasse zwecks Veröffentlichung in den Publikationsorganen des Verbands zuzusenden.

Braun-Königsberg befürwortet den Antrag mit Rücksicht darauf, daß der eigentlich zum Schutze der Mitglieder erlassene, jetzt aber von den Aerzten ausgenutzte § 56a KVG. keine Bestimmungen darüber enthalte, welche Anforderungen die Aufsichtsbehörden an die Kassen stellen dürfen. In Leipzig sei ein Arzt auf 2000 Mitglieder ohne Familienbehandlung nicht ausreichend gewesen, an andern Orten habe man gesehen, daß ein Arzt imstande war, für 2000 Mitglieder mit Familienbehandlung zu sorgen. Es müsse den Aufsichtsbehörden ein Material vorgelegt werden, das sie in Zukunft nicht einfach ignorieren können.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, ebenso folgender Antrag der Ortskrankenkasse für die Gewerbebetriebe der Kaufleute usw. zu Berlin: „Die Jahresversammlung wolle beschließen: a) alle deutschen Krankenkassen zum Erlaß von Krankheitsverhütungs-Vorschriften aufzufordern, b) bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit bei einer Umänderung des KVG. den Krankenkassen das Recht der Kontrolle derjenigen Betriebe eingeräumt wird, welche nicht der Aufsicht der Gewerbeinspektoren unterstellt sind, um die Durchführung der hygienischen Vorschriften zu ermöglichen."

Endlich stimmt die Versammlung folgendem Antrag der Ortskrankenkasse Görlitz zu: „Die Landes-Versicherungsanstalten sind verpflichtet, ihre Fürsorge auch auf Zahnkranke auszudehnen und mindestens ⅔ der Kosten zu übernehmen."

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß 250 Delegierte anwesend sind, die 167 Kassen mit 2 485 778 Mitglieder vertreten.

Riem-Dresden teilt namens der geschäftsführenden Kasse mit, daß der Verein Arbeiterheim in Karlsbad das Ersuchen an die Krankenkassenvertreter richten läßt, dessen Einrichtung, die kranken Arbeitern den Genuß der dortigen Bäder ermöglichen soll, zu unterstützen. Der Herausgeber der „Kommunalen Praxis" hat die Absicht, sich in seiner Zeitschrift mit dem Verhältnis der Gemeindepolitik zum Kranken-Versicherungs-Gesetz zu befassen und bittet dabei um die Unterstützung durch die Krankenkassen. Redner empfiehlt die Berücksichtigung der beiden Wünsche.

Als Ort der nächsten Jahresversammlung wird Gotha gewählt.

Damit ist die Tagesordnung der Jahresversammlung erledigt. —

Aus der Parteibewegung.

g. **Mit dem Bremer Parteitag** beschäftigte sich eine Versammlung der Parteigenossen Nürnbergs. Nach einem Referat des Genossen Dr. Südekum über „Die gegenwärtige politische Lage in Deutschland und der sozialdemokratische Parteitag" wurde ein Antrag des Gen. Dr. Braun angenommen, wonach an den Parteitag folgender Antrag zu stellen ist:

„Die Parteigenossen Nürnbergs beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stets Fühlung zu unterhalten hat. Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Parteitage neu bestimmt; die Wahl derselben überläßt er ebensovielen Orten bezw. Landesorganisationen, als die Kommission Mitglieder zählt.

Das Mandat der Agitationskommission endet auf dem Parteitag, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Parteitage.

Die Kommission erhält einen ständigen Sekretär, der vom Parteitag gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstand und den Kontrolleuren ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat Sitz und beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens in jedem Vierteljahr, zusammen."

Einstimmig beschlossen wurde ferner, an den Parteitag den Wunsch zu richten, daß zum Punkt „Organisation" ein Referent aufgestellt wird. Endlich wird beantragt, den Parteitag 1905 in Nürnberg abzuhalten.

Als Delegierte zum Parteitag wählte die Versammlung die Genossen Dr. Braun, Dorn und Nackl. —

Zum Parteitag nahmen die Genossen in Bremen Stellung. Sie beschlossen folgende Resolution:

„Der Parteitag beschließt die Reorganisation der Partei im Sinne der Breslauer Vorschläge. Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage."

Bei den Beratungen der Kommission soll der Parteivorstand vertreten sein. —

Ueber eine Kandidatur Göhres in Hof berichteten dieser Tage bürgerliche Blätter. Jetzt teilt die in Hof erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung" dazu folgendes mit: „Nachdem im hiesigen Wahlkreise die Aufstellung eines Kandidaten aktuell geworden war, kamen hauptsächlich zwei Genossen in Betracht, Genosse Haller und Genosse Göhre. Eine Konferenz der Vertrauensmänner beschloß einstimmig, daß, im Falle Haller ablehnen würde, dem Genossen Göhre die Kandidatur angetragen werden soll. Dieser Beschluß wurde von den einzelnen Parteivereinen gutgeheißen. Leider lehnte sowohl Genosse Haller wie auch Paul Göhre ab, ersterer deshalb, weil er prinzipiell gegen ein Doppelmandat ist und Göhre deshalb, weil ihm bereits das Mandat eines andern Wahlkreises angetragen wurde. Die Parteigenossen des Hofer Wahlkreises hatten keine Ursache, sich bei ihrem Vorgehen von den Dresdner Vorkommnissen beeinflussen zu lassen, sie betrachten nach wie vor Göhre als Sozialdemokraten und haben diesen ihren Standpunkt auch dem Hauptvorstand mitgeteilt. Nachdem nun aber die Sache durch die Ablehnung vorläufig gescheitert ist, hat sie sich auch für die Hofer Genossen bis auf weiteres erledigt." —

Verfolgungen der Parteipresse. Der freisinnige Magistrat der Stadt Breslau erhob Anklage gegen den Redakteur Mehrlein von der dortigen „Volkswacht" wegen Beleidigung des Wasserwerk-Direktors Debusmann. Der Vorwurf, daß mehrere Arbeiter aus den städtischen Betrieben wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemaßregelt seien, stellt die Beleidigung dar. Herr D. versichert, die betreffenden Arbeiter seien entlassen, weil sie die „Gewerkschaft" während der Arbeitszeit verteilt und Beiträge einkassiert haben. Andre Arbeiter hatte Herr D. unter Erinnerung an ihren Soldatencharakter über die Verbandszugehörigkeit zur Rede gestellt. Die Richter hielten eine Maßreglung nicht für erwiesen und erkannten auf 300 Mark gegen Mehrlein, 50 Mark gegen einen beteiligten Arbeiter. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Strafe beantragt. —

Die sozialistische Jugend. In Belgien und Frankreich existieren unter dem Namen „Junge sozialistische Garde" Jugendvereine, deren Aufgabe es ist, die Jugend zum Sozialismus zu erziehen und deren Mitglieder besonders bei der Propaganda große Dienste leisten. Eine spezielle Aufgabe finden die belgischen Jugendvereine darin, die jungen Rekruten über das Kulturwidrige des Militarismus aufzuklären. Auch in England sind Ansätze solcher Jugendvereine vorhanden; dort ist es namentlich der Genosse Archie M'Arthur in Glasgow, der sich unter andern durch Herausgabe einer Jugendschrift besonders verdient macht.

Auf Anregung der belgischen Genossen hat nun während der Tagung des Amsterdamer Kongresses auch ein Sonderkongreß der sozialistischen Jugend stattgefunden. Auf diesen waren durch Delegierte vertreten Belgien, Holland, Frankreich, England, Deutschland und Polen; Schweden, Italien und Oesterreich waren entschuldigt. Der Genosse Polak (Holland) berichtete, daß in Holland bis jetzt vier sozialistische Jugendvereine bestünden; die Hauptaufgabe derselben sei, unter der Jugend gegen den Militarismus zu agitieren. Der englische Delegierte teilt mit, daß dort sozialistische Schulen bestehen; bis jetzt sind 17 Ortsgruppen vorhanden und die „Jugendzeitung" ist in bestem Aufschwung begriffen. In Norwegen bestehen 56 Gruppen; die Zeitung zählt 3000 Abonnenten. Am weitesten ist die Bewegung in Belgien vorgeschritten, wo die „Junge sozialistische Garde" bereits 18 000 Mitglieder zählt. Von Oesterreich und Italien liegen Berichte und Zustimmungsschreiben vor. Der deutsche Delegierte (Frank) erklärt, daß nunmehr auch in Deutschland die Bewegung in Fluß kommen werde. Das Resultat des Kongresses ist die Gründung eines internationalen Bundes der sozialistischen Jugend. Der Präsident Volkaert (Belgien) schließt den Kongreß, indem er u. a. sagt: „Den Tag, an dem die Jugend aller Länder im Geiste des Sozialismus organisiert ist, mag die Bourgeoisie ruhig Krieg erklären, die Arbeiter werden den Frieden diktieren. —

Viktor Renou †. Ein Mitkämpfer der Kommune von Paris, der Steinmetz Viktor Renou, ist im Alter von 56 Jahren an einer Leberkrankheit gestorben. Der Rache der Versailler Bluthunde durch die Flucht nach Brüssel entkommen, gründete er dort einen Verein französischer Flüchtlinge: Gleichheit. Nach seiner Rückkehr in die Heimat infolge der Amnestie von 1879 schloß er sich der eben entstandenen revolutionär-sozialistischen Arbeiterpartei an. 1898 wurde er in den Generalrat des Seine-Departements gewählt. 1896 bis 1902 war er Deputierter für Clichy-Levolloir (bei Paris). Renou wird zu Grabe getragen werden, wie er gelebt und gekämpft hat — still bescheiden. In seiner letztwilligen Verfügung hat er sich jedes Begräbnis-Zeremoniell verbeten: weder Grabreden noch Blumen und Kränze. —

Provinz und Umgegend.

Zu den Rentenkürzungen im Kreise Wanzleben nimmt jetzt die gesamte Abeiterpresse Stellung. Das Vorgehen der „Spar-Kommission" und des Herrn Kreisarzt Thilow wird scharf verurteilt und vielfach wird der Wunsch ausgesprochen, die Sache im Reichstag gehörig zu brandmarken. Für heute setzen wir einige Bemerkungen des „Vorwärts", unsres Zentralorgans, hierher, der u. a. schreibt:

Danach wäre hier ein Verfahren bei der Rentenentziehung eingeschlagen worden, das nicht nur der Humanität aufs ärgste widerspricht, das vielmehr nahe an Erpressung streift und auch formal im höchsten Grade anfechtbar ist. Es ist natürlich nichts dagegen zu sagen, wenn Renten nicht bewilligt oder wieder entzogen werden, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dafür fehlen. . . . Aber selbst davon abgesehen muß die Art, wie das Mädchen (Berta Richter in Egeln) zur Verzichtleistung veranlaßt worden ist, entschieden verurteilt werden. Das Gesetz gibt für das Rentenentziehungsverfahren ganz klare Vorschriften und setzt vor allen Dingen, dem Geiste alles Rechtsverfahrens entsprechend, Fristen zur Anfechtung der Entscheidungen durch zwei Instanzen hindurch fest. Wenn auf einen Rentenempfänger ein, wenn auch nur psychischer, Druck ausgeübt wird, von vornherein auf sein Recht zu verzichten, so wird das geordnete Rechtsverfahren durch mindestens moralisch unzulässige Mittel ausgeschaltet, der Rentenempfänger wird um sein Recht gebracht. Zudem hat das Reichs-Versicherungsamt in seinem Rundschreiben vom 7. Juli 1898 ausdrücklich ausgesprochen, daß es unzulässig sei, die Gewährung einer Heilbehandlung vom Verzicht auf die Rente abhängig zu machen. Auch dies dürfte auf den vorliegenden Fall zutreffen. Im übrigen aber sollte dem Mädchen geraten werden, die Verzichtleistung anzufechten. (Ist inzwischen von uns geschehen Red. d. „V.".) Das Reichs-Versicherungsamt sollte gezwungen werden, zu diesem Verfahren Stellung zu nehmen.

Die Herren Bureaukraten, die jetzt daran sind zu beweisen, daß die Geschäfte einer vereinigten Arbeiterversicherung nur von Bureaukraten richtig geführt werden können, wollen hoffentlich in solchem Verfahren nicht den Beweis für die Fähigkeiten der Bureaukratie sehen.

. . . . Wenn man, wie es hier geschieht, unerfahrene, meist ängstliche, verschüchterte Leute vor eine Kommission ladet, sie dort anfährt und in sie dringt, nach raschem Verlesen einen Verzicht zu unterschreiben, so möchte solches Verfahren wohl bei einem gerissenen Advokaten begreiflich erscheinen, für die Organe der staatlichen Invalidenversicherung ist das Verfahren aber unwürdig.

Indessen: wir verstehen das vielleicht nicht so recht; es mag wohl eine neue Methode der Krönung der Sozialreform sein, bestimmt, die Zufriedenheit zu fördern und — der Unzufriedenheit stiftenden Sozialdemokratie das Wasser abgraben. —

In Amsterdam.

Erinnerungen eines Pechvogels.

II.

Das Hotel.

„Werter Genosse! Ich habe Sie einquartiert im Hotel (soundso) Kalverstraat, wo Sie auch andre deutsche Delegierte finden werden.

Mit Parteigruß

J. P. Ankersmit."

So lautete die Karte, die ich auf meine Meldung hin vom Genossen Ankersmit, Redakteur des in Amsterdam erscheinenden holländischen Parteiorgans „Het Volk" (Das Volk), in Magdeburg empfangen hatte und die ich in der Brusttasche trug, als ich im Amsterdamer Zentralbahnhof die Stufen zum Tunnel hinunterschritt, der auf den Bahnhofplatz führt.

„Hotel Soundso", rief ich den Hotelbediensteten entgegen, die in langer Reihe am Ausgang Spalier bildeten. Alle möglichen Namen schlugen mir ans Ohr, nur mein Hotel Soundso hörte ich nicht. Ich schritt die Rückseite der aufgefahrenen Hotelwagen ab; auch dort kein Hotel Soundso zu finden. Also auf irgend einen „Rang" schien es keinen Anspruch zu machen. Schließlich wohl kein Wunder. Aus einer Liste des internationalen Brüsseler Sekretariats wußte ich, daß es für die Nacht „nur" Gulden 1,75 bis 2,25, also Mk. 2,90 bis 3,85 verlangte, während die Hotels mit Rang und Klang nicht unter drei Gulden, das sind Mk. 5,40, einen Gast bei sich beherbergen. Eine düstere Ahnung stieg in mir auf. Ach was, das Teuerste ist ja nicht immer das Beste, das Billigste nicht immer das Schlechteste. Mit dem Beefsteak hatte ich Pech genug gehabt; mit dem Hotel würde ich doch wohl Glück haben — schon der Entschädigung wegen. Aber zunächst einmal hinkommen!

„Droschke, Fiaker, Rijtuig (sprich: Reitaug)!" schmetterte ich seitwärts über den Platz.

Eiffertig kam ein Einspänner herangerasselt.

„Hotel Soundso!"

„Jo, jo," nickte der Lenker.

„Drüben — dort liegt das Hotel Meester, nicht wahr?"

„Hotel Meester — jo, jo."

„Also zuerst dort vorfahren und dann zum Hotel Soundso".

„Jo, jo, Mijnheer. Internaschional Soschialist Kongreß?" fragt pflissig der Kutscher.

Ich freue mich der Frage. Der Bezylinderte hat also Kenntnis von dem Weltparlament der Arbeit. „Jo, jo", nickt er befriedigt auf meine Bejahung und die Fahrt beginnt in scharfem Trab, geht alsbald über die erste Gracht (Kanal) hinweg und endigt in einer Minute vor dem Hotel Meester. Ich trete ein in den großen Restaurationsraum. Ein Gewirr von Gästen, lebhafte Bewegung, viel und lautes Rufen. Wo hier wohl — — ah, dort in der Ecke — das sieht mir ganz sozialdemokratisch aus.

„Empfangsbureau des internationalen Sozialistenkongresses?" frage ich. Da ich nicht gleich Antwort bekomme, wiederhole ich die Frage auf französisch und — weil's gleich ist — in demselben Atemzuge auf englisch.

„Ja, ja, Empfangsbureau," tönt es deutsch zurück. „Sie wünschen?"

„Eine Eintrittskarte zur morgigen Eröffnungs-Sitzung. Zehn Frank (8 Mark) kostet sie, nicht wahr?"

Sie stecken die Köpfe zusammen. Augenscheinlich verstehen sie mich nicht. Ich gehe also wieder auf französisch zum Sturm vor und will, als auch das nichts nützt, auf englisch beginnen, als mit stark holländischer Färbung gebrochen die deutsche Antwort kommt, daß sie, die Anwesenden, für Ausstellung von Eintrittskarten nicht da seien; sie vermitteln nur Logis für diejenigen, die noch keines hätten. Die Eintrittskarte würde morgen früh im Concertgebouw (sprich: gebau; Gebäude) ausgefolgt.

Schön; auch gut. Den Aufenthalt hätte ich mir also sparen können. Logis hatte ich ja glücklicherweise. Ich faßte nach der Ankersmitschen Karte. Sie stak wohlgeborgen an ihrem Platze. Also Hotel Soundso!

Die Fahrt ging durch eine breite Straße, über einen breiten belebten Platz — das mußte der Dam sein, der Zentralpunkt des Amsterdamer Verkehrs — in eine asphaltierte Gasse hinein, die Kalverstraat, in der holländischen Metropole von ca. 550 000 Seelen die erste Geschäfts- und Verkehrsader, die eine halbe Stunde lang sich durch das innere Amsterdam windet. Himmelherrgottsakrament, war hier ein Leben! Die Menschenmassen füllten reihenweise die ganze Straße, den Fahrdamm eingeschlossen. Die unter den Straßenschildern angebrachte Mahnung „rechts houden (halten)" wurde streng befolgt. Ueberläufer konnten bestenfalls in der Mitte der Straße aus einer Menschenflut in die entgegenstrebende tauchen. Und dabei ging niemand, sondern alles rannte, wie wenn die Feuerglocken verkündet hätten, Amsterdam brenne an allen Ecken. Wahrlich, nach holländischer Gemächlichkeit sah das nicht aus. In Holland scheint diese in einer Großstadt sowenig wie in irgend einem andern Lande zu gedeihen.

In gelindem Trabe geht's durch die Menschenmauern, die sich teilen und schließen. In jedem Augenblick, meine ich, müßten einige der Rennenden unter den Rädern liegen. Aber jeder weicht im allerletzten Sekundenteilchen dem drohenden Unfall aus. Nach einigen Minuten hält der Wagen.

„Prijs (Preis), wat is de?"

Um einen Gulden ärmer wende ich mich um und schaue in einen langen dunklen, mit zahlreichen Tischen und wenigen Menschen besetzten, vorn in der ganzen Höhe offenen Raum. Hotelmäßig sah das nicht aus; wenigstens nach deutschen Begriffen nicht. Diese Knickrigkeit mit dem Gas war ja empörend. Und daß die Gäste sich das gefallen ließen! Sie mußten ihre Gläser auf den Tischen ja mit den Händen suchen. Erst einige Tage später erfuhr ich, daß sämtliche Hotels und Restaurants ihre an der Kalverstraat gelegenen Räumlichkeiten unbeleuchtet lassen, damit die dort im Dämmern sitzenden Gäste das hellbeleuchtete Treiben auf der bevölkerten Straße um so besser beobachten können.

In jenem Augenblick, als ich vor dem Eingang stand und das Schild musterte, ahnte ich von dieser Gepflogenheit noch nichts, die Sache kam mir vielmehr recht unheimlich und budikenmäßig vor. Aber was nutzte das Zaudern! Hinein mußte ich. Also vorwärts! Dort hinten brannten ja einige Glühlichter; dort schien das Büfett zu sein.

Wortlos reichte ich dort meine Ankersmitsche Karte vor. Sie wanderte von einer Hand zur zweiten, von der zweiten zur dritten; der vierte Empfänger endlich redete mich auf deutsch an: „Es ist alles in Ordnung; das Zimmer ist bereit."

„Es kostet?"

„Ein Gulden fünfundsiebzig Cents, Mijnheer. Wünschen Sie sofort aufs Zimmer zu gehen?"

Ich wünschte es. Ein Kellner mit einer breiten weißen Schürze, die den Unterleib und die Beine bis zu den Knien verhüllte, schritt voran; ich hinterher auf zwei ziemlich breiten, ziemlich steilen, ge-

Lemsdorf, 24. August. (Ein Dorfidyll.) Eine aus der „guten alten Zeit“ stammende Sitte ist auch hier noch zu verzeichnen. Die amtlichen Bekanntmachungen werden noch wie Anno dazumal durch den Gemeindediener Beige öffentlich ausgerufen. So auch gestern nachmittag 8 Uhr. Nirgend auf der Straße ist ein erwachsener Mensch zu sehen, da ertönt plötzlich der stramm soldatische Tritt des Dorfgewaltigen, die Schelle erklingt, und im Nu sind ein oder gar zwei Dutzend der kleinsten Kinder (das älteste höchstens 8 Jahre alt) um ihn versammelt. Es ist sehr viel, was er heute der staunenden kleinen Welt zu verkünden hat: Fünf oder sechs Seiten Oktav hat er herunter buchstabiert, flott erledigt er nun den letzten Teil seiner Aufgabe, um an einer andern Straßenecke wieder Posto zu fassen. Schreiber dieses, der einzige Erwachsene, der zufällig am Platze, hat trotz größter Aufmerksamkeit nur vernehmen können, daß sich die Bekanntmachung um Steuern dreht, die gezahlt werden sollen, und daß die ausgerufenen Bestimmungen sofort in Kraft treten. Die Einwohner unsres Orts werden gut tun, sich danach beim Gemeindevorsteher Hopstock zu erkundigen, was der Mann denn eigentlich bekannt gegeben. —

Aken, 25. August. (Notstandsarbeiten.) Der Magistrat hat in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, Notstandsarbeiten zur Ausführung zu bringen und dem Magistrat mit der Baukommission die Anordnung zu überlassen. Der frühere Beschluß, das Sedanfest auch in diesem Jahre zu feiern, wurde mit Rücksicht auf die jetzige Arbeitslosigkeit und allgemeine Notlage vernünftigerweise aufgehoben. —

Aus dem Harz, 24. August. (Die anhaltende Dürre) hat in Deutschland in weiteren Kreisen das Bewußtsein einer wirtschaftlichen Vernachlässigung wachgerufen. Die Wassernot hat besonders auch im Harz zu vielfachen Kalamitäten geführt. In manchen Orten war die Versorgung mit Trinkwasser sogar sehr erschwert, oft mußte das Wasser aus entfernten Brunnen geholt werden, das wurde nur in beschränkten Quantitäten abgegeben. Badeorte haben stark darunter gelitten, daß die Bade-Anstalten wegen Wassermangels ganz geschlossen oder nur wenig in Betrieb gehalten wurden. Daß unter diesen Umständen die industriellen Anlagen schwer getroffen worden sind, liegt auf der Hand.

Alle die Schäden und Beschwernisse hätten aber auf ein ganz kleines Maß reduziert werden können. Zum Teil sind, wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, die Vorkommnisse auf die Kurzsichtigkeit von Kommunalverwaltungen zurückzuführen. So besteht z. B. in Gernrode eine Wasserleitung, welche die Stadt und zum Teil das anschließende Bad Suderode zu speisen hat. Die Wasserleitung ist in Privatbesitz und mit einem Aufwand von zirka 100 000 Mark erbaut worden. Da neben der Wasserleitung noch zahlreiche Brunnen vorhanden sind, ist die Wasserentnahme aus der Leitung nicht groß genug, eine übliche Verzinsung des Anlagekapitals zu ermöglichen; es werden nur 2 Prozent erzielt. Während in normalen Zeiten die Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes noch über die Bedürfnisse hinausgeht, reichten die Anlagen unter den veränderten Umständen infolge der Dürre nicht aus. Wenn nicht einzelne Brunnenbesitzer bereitwilligst Wasser abgegeben hätten, dann mußte sich der Wassermangel zu einer direkten Wassernot auswachsen, jetzt konnten die Leute sich wenigstens noch notdürftig mit Trinkwasser versorgen. Von eigentlichem Wassermangel kann dabei gar nicht die Rede sein, denn es ist genügend Wasser vorhanden, es bedürfte nur einer entsprechenden Erweiterung der Anlage. Der Privatunternehmer hat jedoch keine Lust, bei der niedrigen Verzinsung weiteres Kapital hineinzustecken, um so weniger als die Stadt nach 60 Jahren laut Vertrag ohne jede Entschädigungsleistung Eigentümerin der Anlage wird. Unter solchen Umständen müßte die Kommunalverwaltung sich ohne Bedenken zur Kostendeckung der notwendigen Erweiterungsanlage verstehen oder aber die Anlage zu dem in Aussicht stehenden, weit unter Anlagekosten stehenden Preis, erwerben. Das ist man dem größeren Kreise der Bevölkerung schuldig, die größeren Besitzer haben ja ihre eignen Brunnen, aber die kleinen Leute, Arbeiter, Wohnungsmieter sind meist auf die Wasserleitung angewiesen.

Die Wasserkalamität dieses Jahres drängt weiter mit Energie auf den Bau von Talsperren hin. Wie schon bemerkt, ist der Harz nicht wasserarm, im Gegenteil meist kann man schon eher über Ueberfluß klagen; klagen darum, weil der Ueberfluß, nicht gezähmt und bewacht, oft genug verheerend wirkt, das Gebild der Menschenhand zerstört. In regenreichen Zeiten stürzt das Wasser in den steilen Gebirgsbächen herunter, ergießt sich ins Tal, zerstört, was ihm im wilden Lauf hindernd in den Weg kommt. Soweit die Naturkraft nicht zerstörend wirkt, verpufft sie nutzlos. Ohne übergroße Kosten und Schwierigkeiten könnte hier durch Menschenwerk die Naturgewalt gehemmt werden, zum Segen der Menschheit, ohne daß die landschaftlichen Schönheiten vernichtet, der Reiz der Natur vermindert würde. Im Bodetal zum Beispiel ließen sich an einzelnen Stellen, wo die Bode 30 bis 50 Meter tief unter dem Niveau der Touristenpassage dahinbraust, leicht Sperren anbringen. Man gewänne dadurch vielleicht 4 bis 6 kleine Seen, in denen man Millionen Kubikmeter Wasser sammeln könnte, einmal um das Zerstörungswerk ungehemmt niederbrausender Wassermassen zu behindern, ferner um zur Abwendung ev. drohender Notstände dasselbe im Reservoir zur Verfügung zu haben. Der Schaden, den die Dürre dieses Jahres angerichtet hat, ist größer als die Anlagekosten solcher Sperren sein können. Nach dieser Richtung ist bisher viel vernachlässigt worden: hoffentlich kommt der Talsperrenbau nun flott in Fluß. Das wäre eine gesündere Wirtschaftspolitik, als das Land mit Zollmauern zu umgeben. —

Blankenburg (Harz), 24. August. (Provoziert!) Die Direktion der Harzer Werke versucht schon wieder mit ihren Formern in Differenzen zu kommen. Ein Former, Mitglied des Arbeiterausschusses, kam wegen Krankheit bei der herrschenden Wärme einmal zu spät und wurde deswegen entlassen. Sämtliche Arbeiter gingen mit. Da mußte die Direktion nachgeben und der Mann blieb. Nun wollten die Arbeiter Klarheit; sie wurden bei dem Direktor Zeising vorstellig und fragten, ob die Entlassung durch den Direktor gutgeheißen oder angeordnet worden war. Der Direktor wies den Ausschuß mit dem Bemerken ab: „Wir haben nichts zu verhandeln.“ Voraussichtlich gibt es einen neuen Kampf mit den Harzer Werken in Blankenburg i. H., Rübeland i. H. und Zorge i. H. Deshalb ist vorläufig aller Zuzug streng fern zu halten. —

Burg, 24. August. (Verminderter Fleischkonsum in Burg.) Der amtliche Bericht über die Schlachtungen im hiesigen Schlachthofe für das 2. Quartal verzeichnet 3129 Tiere, das sind 217 weniger als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres geschlachtet wurden! Da die Einwohnerschaft während des letzten Jahres sich nicht vermindert hat, ist diese Tatsache wieder ein Beweis dafür, daß der Fleischkonsum in Burg zurückgeht. —

Egeln, 25. August. (Tausendfach bestrafte Armut.) Achtzig Jahre alt ist der hier wohnende ehemalige Maurer Christian Schneider, dazu krank, siech und arbeitsunfähig und — trotzdem er im „Lande der Sozialpolitik“ lebt — dem bitteren Elend überliefert. Die christliche Nächstenliebe Preußens verschaffte ihm nach langem Kampf eine „Rente“ von monatlich 14 Mark, damit er seinen Tod wenigstens noch etwas hinausschieben könnte. Leider vergaß man, dem Aermsten mitzuteilen, wie er es anzufangen habe, um mit dieser Riesensumme sich und seine ebenfalls arbeitsunfähige Tochter ernähren und kleiden zu können. Trotz seines Alters war Sch. deshalb gezwungen, die erste beste Arbeit (als Achtzigjähriger!) anzunehmen — er wurde Nachtwächter in der Wasser- und Dampfmühle, die ihm als solchen gnädigst einen Wochenverdienst von — acht Mark (!) „gewährte“. Nicht lange und er wurde — kein Wunder bei dieser elenden Lebensweise — schwer krank und mußte seine Sinekure in der Dampfmühle aufgeben. Anstatt des Riesenlohnes erhielt er nun wöchentlich 8 Mark Krankengeld, aber nur 13 Wochen lang. Da, plötzlich, entzog ihm die Krankenkasse auch dieses Brotgeld und erst durch die Behörden wurde sie gezwungen, das Krankengeld weiterzuzahlen.

Die Kasse wollte prompt „entdeckt“ haben, daß Sch. schon vor Beginn seiner mit 8 Mark pro Woche entlohnten Arbeit krank gewesen sei, mußte sich aber vom Magistrat am 11. Juni belehren lassen, daß das kein Grund sei, einem hilflosen alten Kranken das Krankengeld zu nehmen. Acht Wochen lang erhielt er dann wieder 8 Mark Krankengeld, dann wurde es ihm aufs neue entzogen! Und weshalb? Weil er sich, da er kein Dienstmädchen sich halten kann, etwas Milch holen ging, bei welcher „Beschäftigung“ ihn das eifrige Kassenvorstandsmitglied Unger „ertappte“. Dieser veranlaßte sofort — jedenfalls um die Kasse vor dem Ruin zu schützen — den Arzt, dem Sch. den Schein nicht wieder zu erneuern . . .

Auf seine erneute Beschwerde beim Magistrat und Landrat erhielt er die trostreiche Weisung, die Kasse durch den Gerichtsvollzieher zur Weiterzahlung laut Entscheid vom 11. Juni zu zwingen. Da aber kam er schön an; die Kasse berief sich dem Gerichtsvollzieher gegenüber auf ein Schriftstück vom 6. Mai an Sch., worin es u. a. hieß:

„. . . Im übrigen haben Sie sich auch in der letzten Woche mit Holzkleinmachen beschäftigt, und damit bezeugt, daß Sie Ihrem Alter entsprechende Arbeiten wieder machen können.“

Das hatte seine Richtigkeit: Als kaiserlicher Invalidenrentner konnte er einen Dienstboten zum Holzzerkleinern nicht bezahlen und war, wenn anders er nicht frieren wollte, gezwungen, sein eigner Holzhacker zu sein. Das aber war für die von Skrupeln christlicher Nächstenliebe wenig geplagte Kasse ein Beweis, daß der arme Greis eine seinem „Alter entsprechende Arbeit wieder machen“ könne!

Tatsächlich kehrte der Gerichtsvollzieher mit leeren Taschen zu Sch. zurück und — die Krone des Ganzen — verlangte von dem völlig Mittellosen obendrein Bezahlung der Kosten (der Obolus für die Bureaukratie!) in Höhe von 1,15 Mark, welchen Betrag ein Bekannter des Sch. aus Mitleid für ihn auslegte. Da auch die Armen-Verwaltung und das Amtsgericht den Greis abwies, sitzt er jetzt völlig mittellos zwischen seinen vier Pfählen und — stellt Betrachtungen an über die „herrliche deutsche Sozialpolitik“!

Soweit die Schilderung unsrer Gewährsmänner, die uns zugleich sämtliche auf den Fall bezügliche Aktenstücke mit einhändigen. Wir wagen nicht, diese erschütternde Anklage durch ein Wort des Kommentars abzuschwächen. —

Gommern, 25. August. (Der Sittlichkeitsverbrecher) ist immer noch nicht ergriffen worden. Ein Kaufmann Flößner aus Schirum wurde zwar verhaftet, weil er splitternackt sich im Walde aufhielt, aber wieder freigelassen. In Haft behalten wurde dagegen ein Mann namens Kownotzky aus Saalfeld, obwohl die überfallenen Frauen in ihm nicht den Verbrecher zu sehen erklärten. Er machte sich verdächtig dadurch, daß er noch andre als seine Papiere bei sich trug und versuchte, diese im Abort zu verstecken. Gefahndet wird jetzt nach einem gewissen Neumann, der stark verdächtig erscheint, die ledige Emma N. aus Plötzky am Montag, 15. August, überfallen zu haben. —

Halberstadt, 25. August. (Haben Sozialdemokraten nie Gutes getan?) Die Katholiken, die in Regensburg zurzeit versammelt sind, sagen nein. Interessant ist deshalb, daß es im Bericht über die Dienstagsitzung in der „Köln. Volksztg.“ heißt

„Dem Präsidenten ist ein Schreiben des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Heine (Magdeburg 1884—87), der sich als Rentner unterzeichnet (Ahal Lachen.), zugegangen. Der Herr Rentner schreibt: „Ich wurde 1881 als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt und gewählt, zum Dank dafür errichtete ich 1882 in Halberstadt den Familienverein für Krankenpflege, dem ich noch heute vorstehe.“ Dann zählt der Herr Rentner Heine auf, was der Verein geleistet hat. Ganz schön, wenn der Herr Rentner Heine diese Wohltätigkeitsanstalt begründet hat, aber eine sozialdemokratische Schwalbe macht noch keinen Sommer. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die sozialdemokratischen Rentiers und Millionäre dem Beispiel ihres Genossen Heine folgen würden. (Stürmische Heiterkeit.)“

Die Katholiken wissen sehr wohl, daß die hiesige Familienkasse nicht die einzige sozialdemokratische Institution zum Wohle der Armen ist, allein das verschweigen sie ihren fanatisierten Zuhörern, um ihre eignen oft sehr zweifelhaften Erfindungen dafür in um so hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Ultramontane Kompetenzweise! —

Halle, 24. August. (Herrliche Illustration unsrer „Rechtsordnung“.) Vor einigen Tagen wurde vor dem hiesigen Schöffengericht ein Fall verhandelt, der so recht deutlich zeigt, wie unser Strafprozeßsystem unter Umständen den Irrenden, der sich aufgerafft hat, nicht stützt, sondern ihn wieder hinunterstürzt, ihm nicht die Hand reicht, sondern ihn von sich stößt. Unser Bruderblatt teilt darüber mit: Ein Mädchen hatte einige Zeit hier unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden. Es entsagte dem Gewerbe und bemühte sich in umliegenden Ortschaften um Arbeit. Das Mädchen verzog von Halle, meldete sich aber polizeilich nicht ab, um nicht durch die ebenso überflüssige als dem Mädchen schädliche Kontrolle den Dienst zu verlieren. Die Folge war, daß das Mädchen, welches einen recht vorteilhaften Eindruck machte, wegen Uebertretung vor dem Strafrichter stand. Unter bitteren Tränen räumte das solid gekleidete Mädchen ein, die Abmeldung aus dem schon angeführten Grund unterlassen zu haben „Ich bin keine Prostituierte mehr“, erklärte die Angeklagte weinend. „Können Sie eine Geldstrafe zahlen?“ fragte der Richter. „Nein!“ lautete die Antwort. — Nach dem Antrage des Staatsanwalts erkannte darauf das Gericht auf drei Tage Haft und beschloß auch die sofortige Inhaftnahme des Mädchens, (!) weil es zurzeit stellenlos sei. Das Mädchen erklärte, es unterwerfe sich dem Urteile nicht. Es wurde durch einen Beamten abgeführt, und unter den Zuhörern im Gerichtssaal herrschte eine begreifliche Erregung. Bald darauf verließ ein Referendar das Gericht und nach etwa zehn Minuten kehrte das Mädchen mit rotgeweinten Augen, begleitet von einem Beamten, wieder in den Gerichtssaal zurück und erklärte, die Haftstrafe von drei Tagen sofort antreten zu wollen. „Bitte notieren Sie, Herr Gerichtsschreiber, 12 Uhr 45 Minuten“, lautete die Antwort des Richters, und die Angeklagte wurde dann wieder abgeführt. —

Klein-Ammensleben, 25. August. (Der Mörder des Maurers Theuerkauf) scheint, wenn man dem von der Polizei bedienten Magdeburger „Central-Anzeiger“ Glauben schenken darf, entdeckt zu sein. Danach soll ein in Ebendorf wohnender 25jähriger Arbeiter Wilhelm Wolter beim Wildern mit Th. ins Handgemenge gekommen sein, wobei der Schuß der W.schen Büchse sich entladen und den Kopf des Th. zerschmettert habe. W. soll bereits nach der bekannten Quelle des Magdeburger Blattes, ein Geständnis abgelegt haben. Allerdings klingt es verdächtig, wenn der Bericht des „Central-Anzeigers“ mit den Worten beginnt: „. . . . ist es den unermüdlichen Bemühungen eines Magdeburger Kriminalkommissars gelungen . . . .“ usw. Das ist dem Blatte die Hauptsache, deshalb sind auch dessen Mitteilungen mit Vorsicht aufzunehmen.

Der Fund einer Patronenhülse durch den ehemaligen Polizisten, jetzigen Arbeiter, Pasenau soll auf die Spur des Täters geführt haben. Aufgeklärt ist damit die Sache noch lange nicht. Die beiden Begleiter des erschossenen Theuerkauf haben nämlich von einem „Handgemenge“ nichts wahrgenommen!

Wenn sich die Meldung von der Entdeckung des Täters bewahrheiten sollte, hätten sich die zuerst vernommenen Zeugen arg im Irr-

---

wundenen Holztreppen, dann ein enger Gang, eine Ecke, wieder ein enger Gang und der Kellner war spurlos verschwunden. Ja, war ich denn — hm, ich hatte doch noch gar nichts getrunken, rein gar nichts — wo steckte denn bloß — —

„Mijnheer!“

Irgendwoher aus der Höhe kam eine Stimme, ein Licht wurde geschwenkt — da stand er zu meinen Häupten auf einer — Treppe? nein, auf einer Hühnerstiege, die so schmal war, daß ich sie nicht entdeckt hatte, und die so steil in die Höhe ging, daß nur ein Dachdecker sie zu betreten wagen durfte.

„Was? Hier — hier hinauf?“

„Jo, Mijnheer.“

„Donnerwetter! Na, denn man los!“

Ich klomm nach mit der Vorsicht, die der Bergsteiger in einem „Kamin“ anwendet. Schweratmend und unter dem Druck eines gelinden Schwindelanfalls stand ich schließlich oben. Zur Linken, auf einem noch weit engeren Gange, öffnete der Kellner eine Tür.

„Hier, Mijnheer.“

Ich schaute mich im Licht der kleinen Kerze um. „Was, das nennen Sie ein Zimmer?“

„Jo, Mijnheer — jo, dat is sähr s—chön hier — ist dat nich?“

Schön, schön? Eine Dreckbude ist das — verstanden! Eine Zigarrenkiste, ein Taubenschlag, ein Hühnerstall, ein schmutziger — — verstanden!

Das heißt, das sagte ich nicht, das dachte ich nur. In einem fremden Lande, in dem man die Sprache nicht kennt, muß man vorsichtig im Gebrauch seiner Worte sein, wenn man nicht aktives Ehrenmitglied eines Athletenklubs ist. Und zu dieser Muskelwürde habe ich's bisher noch nicht gebracht.

Ich drehte mich nochmals um in dem „Zimmer“, für das ich täglich 3 Mark bezahlen sollte. Ein Bett, das verdammt wenig einladend aussah — ein Tischchen mit einer vor Schmutz starrenden sogenannten Decke unter einem Fenster, das einer Luke glich und mit einem zerschlissenen zerfetzten Kattunlappen halb bedeckt war. Auf dem Gerümpel, das der Kellner mit seinem optimistischen Gemüt vielleicht „Waschtisch“ nennen würde, kümmerliches schadhaftes Emaillegeschirr und ein schmutziges Glas, aber keine Wasserkaraffe. Eine Scheidung von Trink- und Waschwasser schien hier für kulturwidrig angesehen zu werden. Und eine Luft — eine Luft! Ich stieß die Luke auf, nachdem ich mühsam den Mechanismus ergründet hatte. Ah! Also reine Luft gab's doch noch, wenn auch alles andre schmutzig war. Ich wollte mich waschen, aber ich wagte es nicht. Wo sollte ich morgen früh reines Wasser hernehmen? Eine Zimmerschelle gab's auch nicht. Ich benetzte also nur vorsichtig die Hände und das Gesicht und griff statt des Handtuchs, der Größe nach ein Schnupftuch, das obendrein auch noch zerrissen war.

Nein, das ging nicht, das hielt ich nicht aus! Ich habe während meiner Reichstagswahlfahrten schon manchmal ländlich-schändlich auf Stroh geschlafen, den Raum mit Mehlsäcken, Mustöpfen, Küken und Enten geteilt, der Flöhe nicht zu gedenken, aber dann hatte ich fünfzig Pfennig oder auch gar nichts für das Quartier zu zahlen. Hier hieß es drei Mark abladen und dann diese — diese — nein, so ließ ich mich nicht schröpfen. Morgen zog ich aus — unbedingt.

Als ich ohne Unfall die steile Höhe hinabgeklettert war, traf ich unten am Büfett ein Menschenkind, das ebenfalls mit einer Ankersmitschen Karte ausgerüstet war. Aha, ein Leidensgefährte! Er nahm alsbald denselben Dornenweg nach oben und als er drunten wieder erschienen, machte ich mich mit ihm bekannt. „Kuntze-Stettin“ deklarierte er sich.

Sofort begann das Klagelied. Er sei fürchterlich hereingefallen, das sei kein Zimmer, das sei ein Loch, ein Stall. Eine preußische Gefängniszelle sei ja der reine Salon dagegen. Und so weiter und so weiter.

Ich schmunzelte; der Galgenhumor gewann die Oberhand. „Beruhigen Sie sich, Kuntze; so schlimm wie mir geht's Ihnen sicherlich nicht, kann's Ihnen nicht gehen. Warten Sie, nachher werde ich Ihnen meine Herrlichkeiten zeigen. Aber nun kommen Sie, wir wollen uns das Menschengewimmel ansehen, bis wir zum Umfallen müde sind. Anders kommt man hier nicht zum Schlafen.“

Was nutzte alle Müdigkeit! Der Ekel, der die Nerven aufpeitschte, war stärker als die Erschöpfung. Außerdem gabs keine Ruhe. Meine Nachbarn, dänische Genossen, waren um drei Uhr morgens noch nicht müde des Erzählens, und da mich keine Wand, sondern nur tapezierte Leinwand von ihnen trennte, so hörte ich nicht bloß jedes Wort, sondern auch jeden Seufzer, jeden Schnarchton. Deutlich drang durch die gespannte Leinwand auch der Lärm der Kalverstraat herauf, der bis zum hellen Morgen dauerte. Zu allem Ueberfluß setzte halbstündlich das entsetzliche Glockenspiel einiger Kirchtürme ein, das sich miteinander vermischte zu einer höllischen Katzenmusik. Das schlimmste aber war das leise Sssf — Sssf — Sssf, das die ganze Nacht beständig um mein Ohr summte. Amsterdam ist dank seiner Kanäle die Stadt der Mücken und Schnaken. Ich kämpfte mit den unsichtbaren Stechern einen Heldenkampf, aber ich unterlag. Hunderte von Beulen bedeckten [illegible] meinen Körper; Gesicht und Hände waren rotbunt wie ein Mohnfeld.

Ich kroch die Stiegen hinunter. Nein, das mußte ein Ende nehmen. Kuntze schwor sich das ebenfalls; Erdmann-Köln desgleichen. Die Dänen schimpften wie die Rohrspatzen.

Also auf die Hoteljagd mit geschwollenen, geschundenen, ermüdeten Gliedern! Die Zeit, die mir die Eröffnungssitzung des Vor- und das Meeting des Nachmittags übrig ließen, nutzte ich aus, aber o Schreck und Jammer, jedes Hotel bis unters Dach belegt. Nirgends eine „Kamer“ (Zimmer)! Endlich, am Abend gegen zehn Uhr, im elften oder zwölften Hause, als ich schon völlig mutlos geworden, der Aussicht, daß morgen, am Montag, ein Zimmer wahrscheinlich frei werden würde. Also noch für eine Nacht die Hühnerstiege hinauf, noch eine lange Nacht hindurch die Qual und den Ekel kosten! Und wenn dann am andern Morgen in jenem Hotel der Namenlose sich besann, wenn er nicht auszog, wenn er wohnen blieb? Im Kampf mit den Schnaken, mit den Glockenspielen, mit dem Getöse der Gasse, beim Huschen der Mäuse, beim Poltern und Schnarchen der Dänen bewegte mich vor allem die Frage, ob oder ob nicht.

Er zog! Am Mittag des Montags wußte ich's und am Abend des Montags stand ich in meinem elektrisch beleuchteten, sauberen, wohnlichen Zimmer. In dieser Nacht gab's den ersten Schlaf in Amsterdam.

Die im Hotel Soundso zurückgebliebenen Leidensgefährten, die im Suchen weniger Energie entwickelt hatten, sollten einen Tag später erlöst werden. Sie bekamen statt der Löcher annähernde Zimmer. Es stellte sich heraus, daß der geriebene Wirt für die ersten Nächte die Gelasse der Dienstmädchen und Kellnerburschen zu drei Mark pro Nacht hergegeben hatte. Für Sozialdemokraten war das ja gut genug.

Nur mein armer Kuntze mußte aushalten. Bei seinen zwölf Mark Diäten legte er ohnehin täglich sechs Mark drauf und für mehr reichte sein Geldvorrat nicht.

Wer erfahren will, daß zwanzig Mark nur zehn Mark sind, der fahre nach Amsterdam. Auch wenn er kein Pechvogel ist wie ich lernt er diese Umwertung deutscher Geldwerte schon am ersten Tage zur Genüge kennen! —

Dr.

tum [illegible], denn sie haben durchweg den Verdacht auf ganz andre Personen gelenkt. Wenn sich dieser Verdacht als falsch erwiesen hätte, würde auch uns das freuen. Wenn aber der „Central-Anzeiger“ auch heute wieder von „frivoler Bezichtigung“ spricht, so ersuchen wir ihn, sich gefälligst unsre Notiz vom 25. Juli erst einmal durchzulesen. Wir haben lediglich wiedergegeben, was Augenzeugen der Tat und Personen, die in der Nähe der Tat waren, bei der Vernehmung durch den Gendarmen ausgesagt hatten. Das Blatt in der Bahnhofstraße in Magdeburg sollte doch bald eingesehen haben, daß seine Denunziationen wohl vielen Eifer verraten, aber nutzlos verpuffen. —

Leopoldshall, 24. August. (Ein „Verein reichstreuer Wähler“ hat sich auch hier in Leopoldshall gegründet. Er soll sich einer zahlreichen Mitgliedschaft erfreuen. — Wenn sich hier nur nicht dasselbe herausstellt als wie in einem anderen Dorfe in Anhalt II, wo sämtliche Einwohner dem „Evang. Volksverein“ angehören und bei der letzten Reichstagswahl dennoch 86 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Uebrigens ein Kunststück, abhängige Bergleute zum Eintritt in einen „reichstreuen“ Verein zu „bewegen“! —

Tangerhütte, 24. August. (Gewissenhafte Berichterstattung.) In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung war eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Hillsmann, Kornbaum und Fr. Harsdorf, gewählt worden, die in Angelegenheit des zu beschließenden Ortsstatuts über die Anstellung eines Gemeindevorstehers mit dem Landrat v. Bismarck Rücksprache nehmen sollte. Ueber das Ergebnis dieser Konferenz veröffentlicht der „Anz.“ heute den amtlichen Bericht der Kommission an die Gemeindevertretung, der also beginnt:

„Nach freundlichem Empfang und Anzünden einer vom Herrn Landrat dargebotenen **Zigarre** ergriff Herr Dr. Hillsmann das Wort ....“ usw.

Amtliche Berichte pflegen nicht immer so gewissenhaft über alles Auskunft zu geben ....

In der Sache selbst ist von Interesse, daß die Gemeindevertreter, die sich um die bessere Bezahlung des neuen Gemeindevorstehers herumdrücken wollten, beim Landrat abfielen: Es ist ihnen aufgegeben, die Stelle höher zu dotieren, damit sie nicht durch unfähige Leute besetzt werde. Beschämend für unsern Ort, daß ein Landrat sich als weitblickender erweist als „unsre“ Gemeindevertretung! —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem herzoglichen Werke Leopoldshall. Der Rangierer Möbius aus Staßfurt wurde vom Zuge überfahren und sofort getötet. — Scharlach und Masern scheinen in Wolmirstedt in bedenklicher Weise aufzutreten. In der vergangenen Woche sind zwei Schulknaben, der eine nach eintägigem, der andre nach dreitägigem Krankenlager der ersteren Krankheit erlegen. In der einen Schulklasse fehlen, entweder selbst erkrankt oder wegen Scharlach in der Familie beurlaubt, wie der „Wolmirst. Anz.“ hört, 20 Kinder. Auch die Augenkrankheit, die kurz vor den Hundstagsferien unter einem Teile der Schulknaben ausbrach, ist noch nicht gänzlich gewichen. — Am Dienstag nachmittag 2 Uhr brannten die neuerbauten und erst vor einigen Wochen fertig gewordenen Stallungen und Wirtschaftsgebäude des Schäfers Hebel vor dem Dessauertore in Aken völlig nieder. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt (Ferien-Strafkammer).
Sitzung vom 24. August 1904.

Der Wildhändler Alwin Heucke und dessen Ehefrau Martha geb. Borchers aus Halberstadt sind beschuldigt, im vergangenen Winter verdorbenes Wildfleisch in einer ganzen Reihe von Fällen verkauft zu haben. In dem einen Falle wurde jemand durch den Genuß derartigen Fleisches so krank, daß er im hiesigen Krankenhaus verpflegt werden mußte, während die Angeklagten in einem andern Falle ein mit Maden durchsetztes Kaninchen in gewissenlosester Weise verkauften. Wegen nicht ausreichender Beweise werden die Angeklagten freigesprochen. — In dem Falle des in Verwesung übergegangenen Kaninchens mußte wegen Verjährung Freisprechung erfolgen. —

Am 17. Juni stahl die unverehelichte Frida Kaul aus Aschersleben einem alten Manne Geld und verhehlte es bei ihrer wegen Hehlerei bereits vorbestraften Mutter. Frida Kaul wird mit 2 Wochen Gefängnis bestraft, ihre Mutter mit 7 Monaten. —

Wegen einfacher Wohnungskuppelei wird die unverehelichte Ida Konniger aus Halberstadt zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Der Knecht Friedrich Brancke aus Oschersleben mißhandelte am 7. Juli einen dortigen Lehrer, weil dieser dem Sohne des Angeklagten eine Züchtigung hat zuteil werden lassen. Er erhielt 9 Monate Gefängnis. —

Am 5. Mai denunzierte der vorbestrafte Ziegeleiarbeiter Joseph Busse aus Pabstorf den dortigen Amtsdiener Julius Fricke bei der Staatsanwaltschaft wider besseres Wissen, indem er ihn des Hausfriedensbruchs, der Körperverletzung, des Diebstahls und der Beleidigung beschuldigte. Busse wird mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. —

Am 10. Mai steckte der Ochsenknecht Emil Pucholl aus Aderstedt auf der dortigen Feldflur einen Reisighaufen im Werte von 10 Mark in Brand. Urteil: 3 Monate Gefängnis. —

Wegen wiederholter Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren wird der Fabrikarbeiter Franz Stolpmann aus Etgersleben mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. —

Der Schweizer Paul Kinzel aus Halberstadt erhielt wegen schweren und einfachen Diebstahls 4 Monate Gefängnis. —

Vom Schöffengericht wurde der Arbeiter Joseph Ernesti aus Oschersleben wegen Körperverletzung und Beleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufung wurde verworfen. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Dietz; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Richarz.

Magdeburg, 24. August 1904.

Wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und Achtungsverletzung hat sich der Arbeitssoldat 1. Klasse Hofmann zu verantworten. Am 3. August beklagte er sich bei seinem Vorgesetzten, dem Sergeanten Decker, um Berücksichtigung bei der Arbeit wegen Herzklopfens. Später stellte er sich zur Arbeit ein mit den Worten: „Herr Sergeant, ich kann nicht mehr mitarbeiten!“ Auf den Befehl des Sergeanten, weiter zu arbeiten, verließ der Angeklagte laut gebrummt und seinen Unmut durch unpassende Ausdrücke an den Tag gelegt. Der Angeklagte ist geständig, weshalb auf weitere Zeugenaussagen verzichtet wird. Beantragt werden 3 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet auf 3 Monate Gefängnis. —

Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, begangen gegen einen Kameraden, sind die vielfach vorbestraften ehemaligen See- jetzigen Arbeitssoldaten 1. Adolf Markwaldt und 2. Otto Sy in Anklagezustand versetzt, der Angeklagte zu 1 auch noch wegen Gehorsamsverweigerung gegen einen Dienstbefehl und Beleidigung. Am 24. Juli befanden sich die Angeklagten mit mehreren andern Arbeitssoldaten im Streit in Behandlung. Der Angeklagte M. stand eines Morgens auf und belästigte den noch im Bett liegenden Arbeitssoldaten Pickling durch perversen Anträgen. Als letzterer sich das verbat und den Angeklagten mehrfach von seinem Bette stieß, soll der Arbeitssoldat Meier geäußert haben: „Laß Dir doch .....“ Als dann P. die Notklingel ziehen wollte, ist M. auf ihn zugesprungen, hat ihm die Kehle zugedrückt, und er wieder mit seinem Geschlechtsteil den Körper des P. mehrfach berührt. Einige Tage später sind die Angeklagten mit dem P. eines Stückes Brotes wegen in Streit geraten, wobei sie ihn dann gemeinschaftlich mißhandelten. Den etwas religiös veranlagten Zeugen drohten die Angeklagten für den Fall einer Anzeige mit dem „heiligen Geist“ und dem „Mondsüchtigen“, d. h. er bekommt bei Gelegenheit von Unbekannten Schläge. Die Angeklagten bestreiten die ihnen zur Last gelegten Vergehen. Angeklagter Markwaldt stellt den Antrag auf Untersuchung seines Geisteszustandes, „da er mitunter nicht ganz klar sei!“

Der Strafantrag lautet, unter Ablehnung des Antrags auf Untersuchung des Geisteszustandes, gegen Markwaldt auf 6 Monate, gegen Sy auf 4 Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Markwaldt zu 5 Monaten, den Angeklagten Sy zu 14 Tagen Gefängnis. Die Anwendung des § 175 hat das Gericht nicht für notwendig gehalten. —

Vermischte Nachrichten.

* **Die Furcht vor der Tuberkulose.** „Ueber die Furcht vor der Tuberkulose“ hat Dr. Albert Fränkel-Badenweiler, ein Schüler von Prof. Cornet, vor einiger Zeit einen Vortrag im Metzer Verein für Volksgesundheitspflege gehalten. Der Vortrag ist ausführlich im Juli-Heft der „Deutschen Revue“ erschienen und enthält beherzigenswerte Mahnungen.

Es wird zunächst ausgeführt, wie die Furcht vor Tuberkulose entstanden ist; sie ist die Frucht der Erkenntnis, daß die Tuberkulose eine ansteckende Krankheit ist. Die Entdeckung des Tuberkelbazillus weckte die Furcht vor Ansteckung; durch die lebhafte Diskussion der Tuberkulosefrage in der Oeffentlichkeit, durch die Beteiligung weitester Kreise an der Heilstätten-Bewegung ist sie in den letzten Jahren noch besonders gesteigert worden; sie hat bei vielen Menschen eine an Hypochondrie grenzende Höhe erreicht. Auch leicht an Tuberkulose Erkrankte werden oft so gemieden, daß sie ihren Beruf verlieren. Schwerkranke sind ein Gegenstand des Schreckens, die eignen Angehörigen fürchten sich vor ihnen. Diese Erscheinungen sind der Ausfluß der allgemeinen übertriebenen Bazillenfurcht.

Nach der Darlegung der Wandlungen, welche die verschiedenen Anschauungen über die Eingangspforten des Bazillus (Infektionsweg) in den letzten Jahren erfahren haben, wird der derzeitige Stand dieser noch ungelösten Frage, insbesondere mit Rücksicht auf die neuen Ansichten Behrings, die im Gegensatze zu denen von Koch stehen, besprochen. Behring sieht, wie bekannt, in der im Kuhkörper infizierten Milch die Hauptquelle der Schwindsucht: die Ansteckung soll hauptsächlich im Säuglingsalter erfolgen; Koch aber stellt jede Bedeutung der Milch für die Uebertragung der Tuberkulose in Abrede; — die Mehrzahl der Aerzte hält nach den Cornetschen Untersuchungen die eingetrockneten Bazillen im Staube und nach Flügge die feuchten bazillenhaltigen Tröpfchen, die beim Husten verstäubt werden, für die Hauptgefahr. Welchen Anschauungen die weitere Forschung recht geben wird, bleibe dahingestellt; man wird vorläufig die Vorsichtsmaßregeln noch nach allen Seiten beibehalten, also die Patienten belehren, mit dem Auswurf vorsichtig umzugehen, auch die Milch perlsüchtiger Kühe, besonders für Kinder, vermeiden; dabei muß aber die übertriebene Furcht vor den an Tuberkulose Erkrankten in Wegfall kommen. Denn man darf nicht glauben, daß die gelegentliche Aufnahme von Tuberkelbazillen seitens eines Gesunden, auf irgend einem der genannten Wege, in allen Fällen zu einer Erkrankung an Tuberkulose führen müsse. Die meisten Menschen vermögen durch die starken Schutzmittel, die dem Organismus zur Verfügung stehen, solche gelegentlichen Infektionen ohne Erkrankung zu überstehen.

Damit der Mensch erkranke, müssen noch besondere Bedingungen hinzukommen. Dies wird durch die Untersuchungen der pathologischen Anatomen erwiesen, welche ergaben, daß jeder Mensch, der in einem Alter von über 30 Jahren stirbt, Zeichen der erfolgten Ansteckung mit Tuberkulose zeigt, ohne daß diese Menschen jemals an Tuberkulose krank waren. In dieser Erkenntnis, daß die Aufnahme von Tuberkelbazillen noch keineswegs zu einer Erkrankung an Tuberkulose zu führen braucht, liegt ein außerordentliches Moment der Beruhigung. Mit Kranken, welche Vorsicht in der Entleerung ihres Auswurfs üben, wird man deshalb ganz unbedenklich in Berührung kommen und näher verkehren dürfen. Der Kranke an sich, sein Körper, seine Atemluft, sind nicht ansteckend. Selbst eine gelegentliche Aufnahme von Tuberkelbazillen ist für den Gesunden noch keine Gefahr. Hält man sich so von übertriebener Furcht vor Tuberkulose fern, so wird man einen Kampf gegen die Tuberkulose führen können, ohne daß er zu einem Kampf gegen die Tuberkulösen ausartet. —

* **Wann hat der Mensch lachen gelernt?** Bei näherer Ueberlegung wird man zu dem Schluß kommen, daß es wahrscheinlich sei, es habe eine Zeit gegeben, in der der Mensch noch nicht zu lachen gelernt hatte. Die Tiere lachen nicht, wenigstens nicht annähernd mit dem Ausdruck wie der Mensch, wenn man auch beispielsweise bei Hunden gelegentlich ein Surrogat von Lachen hat entdecken wollen. Schon deshalb liegt die Annahme nahe, daß der Urmensch nicht gelacht habe. Sein Leben verlief auch zu kümmerlich dazu im steten Kampf mit den wilden Tieren um seine notwendigste Nahrung. Das Lachen war ein Luxusgenuß, der erst später befriedigt wurde, und ist sicher nicht so alt, wie die Mienen der Furcht, der Ueberraschung, des Widerwillens und ähnliche. Es ließe sich denken, daß diese Ausdrucksmittel dem Urmenschen bei der Verteidigung oder beim Angriff gedient haben und teilweise willkürlich gewesen sind, während sie jetzt nur noch unwillkürlich in die Erscheinung treten. Das Lachen aber kann keinen derartigen Zweck gehabt haben. Mit einem Gelächter kann man keinen Feind zur Flucht treiben und auch von keinem Gegner Schonung erflehen. Der französische Anthropologe Vanlair meint aber, daß das Lachen, weil es trotz der unendlich ausdrucksvollen persönlichen Unterschiede doch bei allen Menschen in übereinstimmender Weise vor sich geht, einen bestimmten Ursprung in irgend einer Gebärde des Urmenschen habe. Der Forscher verwirft die Theorie, daß das Lachen seine Entstehung vom Essen beziehungsweise dem damit verbundenen Wohlgefallen genommen haben könnte, obgleich diese Vermutung manches Verführerische hat. Das Essen war einer der wenigen wirklichen Genüsse für den Urmenschen, vielleicht der einzige; beim Essen ist ebenso wie beim Lachen ein Oeffnen der Lippen notwendig, und daraus scheint sich eine Ideenverbindung zu ergeben. Vanlair leitet das Lachen aus einer weniger bestimmten Quelle her, nämlich aus einem plötzlichen Ausdruck naiven Wohlgefallens in der Form eines Lächelns. Diese Eigenschaft muß aber nach seiner Ansicht schon sehr früh bestanden haben, denn er will Beispiele dafür wissen, daß auch Tiere zu lachen vermögen, namentlich die Hunde. Er meint daher, daß Mensch und Hund einen gemeinschaftlichen Vorfahr gehabt hätten, der schon vor vielen Jahrtausenden zu lächeln verstand, eine Theorie, die an Sonderlichkeit nichts zu wünschen läßt. —

* **Ein Land mit 147 Sprachen.** In Britisch-Indien gibt es 147 verschiedene Sprachen, nicht etwa nur Dialekte. Diese Tatsache stellt G. A. Grierson auf Grund der Volkszählung des Jahres 1901 in der „Asiatic Quarterly Review“ fest. Die Sprachen verteilen sich auf große Sprachfamilien wie folgt: Malaiisch-polynesische Familie (7831 Personen, die die Sprache sprechen); Indochinesische Familie (11 712 299); Munda-Familie (3 179 275); Dravidische Familie (56 514 524); Indo-europäische Familie: Arier, Iranier, Indo-Arier (221 157 673); Semitische Familie (42 881); Hamitische Familie (5530); Nichtklassifizierte Sprachen (346 150). Die aufgezählten ergeben eine Bevölkerung von 292 966 163 Personen. Die Gesamtbevölkerung von Britisch-Indien beträgt über 294 Millionen; aber bei den in der Aufstellung fehlenden Personen war die Sprache nicht festgestellt. —

* **„Niedriger hängen.“** Im „Berliner Kalender für 1905“ behandelt Professor Keser eine Episode aus dem Leben des „ollen Fritz“, die häufig erzählt wird, um darzutun, daß der aufgeklärte Despot ein Gegner der Einschränkungen der Preßfreiheit gewesen sei. Die Episode knüpft sich an das 1781 von Friedrich eingeführte sehr unpopuläre Kaffeemonopol: „Die Einrichtung fiskalischer Kaffeemagazine und Brennereien, die Kaffeeriecherei der von Staats wegen in alle Küchen und alle Töpfe hineinschnüffelnden Aufpasser.“ Zur Zeit der unglückseligen Kaffeeregie fand sich in der Nähe des Fürstenhauses (am Werderschen Markt) eines Tages ein großer Auflauf, indem alles mit lächelnden Mienen um ein hoch an der Ecke angeschlagenes Papier versammelt stand. Da kam der alte Fritz einsam mit seinem Heiducken die Jägerstraße heraufgeritten. Die Mützen flogen herunter, man gaffte den König an mit lächelnden und doch erschrockenen Mienen, man wich zurück, niemand aber wagte zu sprechen. Der Monarch schickte nun seinen Begleiter ab, zu erfahren was es wäre. Indessen musterte er mit seiner großen Lorgnette die Umstehenden. Der Heiduck kam jetzt lächelnd wieder und wollte nicht mit der Sprache heraus. „Sie haben etwas auf Eure Majestät angeschlagen.“ Nun ritt der König etwas näher und sah sich selbst auf dem Bilde, wie er in höchst kläglicher Positur auf einem Fußschemel saß und, eine Kaffeemühle zwischen den Beinen, emsig mit der einen Hand mahlte, während er mit der andern jede herausgefallene Bohne auflas. Sobald Friedrich den Gegenstand erkannte, wehrte er mit der Hand und rief: „Hängt es doch niedriger, daß die Leute sich nicht den Hals ausrecken müssen!“ Die Sache mit dem „Niedriger hängen“ ist also wahr. Falsch ist nur die Schlußfolgerung, die daran geknüpft wird: Friedrich 2. habe gegen Preßleute nichts unternommen, wenn sie schrieben, was ihm nicht gefiel. Die Geschichte kennt Beispiele genug aus seiner Regierungszeit, die zeigen, daß er die „Gazetten“ ganz gehörig „genieren“ konnte. —

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 47. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. —

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 18 des 14. Jahrgangs zugegangen. —

Briefkasten.

B., Sudenburg. Gen. v. Vollmar hat in Magdeburg im Frühjahr 1890 zum erstenmal gesprochen. —

K. L., Quedlinburg. Eine Genossenschaft ist zwar ebenso wie eine physische Person (einkommen-)steuerpflichtig, kann aber zur Kreissteuer nicht herangezogen werden. Wenden Sie sich an das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine in Hamburg und senden Sie etwaiges Material gleich mit ein. —

Für Parteizwecke gingen ein: X. Y. 394,00. V. d. Lgh. 50,00. Vereinsbeiträge 200,00. Richert. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—21,00, Speisebohnen (weiße) 18,00—33,00. Linsen 24,00—34,00. Eßkartoffeln 6,50—7,50. Richtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 7,50—8,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,08—1,10, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,40, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1.20 bis 1.40, Hammelfleisch 1.20—1.40. Speck (geräuchert) 1.40—1.60. Eßbutter 2.20—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.20—4.00. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Elbe.							
Pardubitz	22. Aug.	— 0.53	23. Aug.	— 0.55	0.02	—
Brandeis	„	— 0.65	„	— 0.62	—	0.03
Melnik	„	— 1.19	„	— 1.22	0.03	—
Leitmeritz	„	— 1.09	„	— 1.07	—	0.02
Aussig	23. „	— 0.95	24. „	— 0.98	0.03	—
Dresden	„	— 2.29	„	— 2.29	—	—
Torgau	„	— 0.58	„	— 0.59	0.01	—
Wittenberg	„	— 0.05	„	— 0.05	—	—
Roßlau	„	— 0.43	„	— 0.44	0.01	—
Barby	„	— 0.34	„	— 0.34	—	—
Schönebeck	„	— 0.45	„	— 0.44	—	0.01
Magdeburg	24. „	— 0.08	25. „	— 0.10	0.02	—
Tangermünde	23. „	+ 0.18	24. „	+ 0.20	—	0.02
Wittenberge	„	0.00	„	0.15	0.15	—
Broda-Dömitz	„	— 0.58	„	— 0.60	0.02	—
Lauenburg	„	— 0.52	„	— 0.53	0.01	—

(24—33 Mark Wochenlohn) ebenfalls siegreich durchgedrungen. — Die Holzbildhauer daselbst fordern jetzt 53stündige Arbeitszeit, 45 Pfg. Stundenlohn, 33⅓ Proz. für Ueberstunden 2c. — Die Backofenmaurer und -Arbeiter in Berlin haben nach dreitägiger Sperre mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Jetzt ist bei 9stündiger Arbeitszeit der Stundenlohn von 77½ Pfg. bis zum 1. September 1904 noch beibehalten. Dann steigt er auf 80 Pfg. — In Gelsenkirchen und Umgegend haben 900 Maurer die Arbeit niedergelegt, während in Karlsruhe der 15wöchige Streik erfolgreich beendet wurde. — Die Schmiede in Chemnitz werden heute mit den Unternehmern verhandeln, eventuell sofort den Streik erklären. — Die Gasanstaltsarbeiter in Erfurt errangen auf gütlichem Wege 2 Pfennig Lohnerhöhung, Ferien, Vergütung bei Regenarbeit usw. Und das nur, weil dort die Organisation eine gute ist. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. August 1904.

— **Trotz Oberverwaltungsgericht Kampf gegen Anarchisten.** Eine für den 5. Juli in Magdeburg im „Dreikaiserbund" geplante öffentliche Volksversammlung wurde vom Polizeipräsidenten ohne weiteres verboten, trotzdem es in der Verfassung heißt, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich seien. Der Einberufer erhielt jetzt auf seine Beschwerde vom Regierungspräsidenten ein Schreiben, worin Herr Dr. Baltz zunächst dem Polizeipräsidenten recht gibt und dann in seltsamer Weise den Anarchismus definiert. Es heißt in dem Schreiben:

Sie als Einberufer der Versammlung sind polizeilich als Anhänger der anarchistischen Partei (!) bekannt. Als Thema hatten Sie bekanntgegeben:
1. Sozialdemokratie oder Sozialismus.
2. Freie Diskussion.

„Sprecher über das angekündigte Thema sollte Albert Weidner-Berlin, eine als zielbewußter Anarchist bekannte Persönlichkeit, sein. Im Hinblick auf Ihre und die Persönlichkeit des Sprechers sowie das zu erwartende Publikum war anzunehmen, daß die Versammlung anarchistischen Zwecken dienen und in der derselben anarchistische Grundsätze vorgetragen, erörtert und verbreitet werden sollten. Diese Grundsätze bedeuten eine öffentliche Gefahr, weil sie die Versammlungsteilnehmer in Anschauungen fördern, die schließlich zu Verbrechen führen. Das Versammlungsrecht ist aber nach § 29 und 30 der Verfassungsurkunde nur zu solchen Zwecken gegeben, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen. Aus den Persönlichkeiten des Einberufers und des Sprechers war zu folgern, daß mit den Erörterungen in der Versammlung strafgesetzwidrige Zwecke verfolgt werden würden. Nach der allgemeinen Vorschrift des § 10 T. 2 Tit. 17 des allgemeinen Landrechts ist es Pflicht der Polizei, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen. Das Verbot war deshalb nach dieser Gesetzesvorschrift gerechtfertigt."

Schon die köstliche Bezeichnung anarchistische Partei verrät in drastischer Weise die hohe Sachkenntnis, die in den bureaukratischen Schreibstuben über die anarchistischen Bestrebungen vorherrscht, weshalb es sich auch nicht lohnt, auf den Wust von platten Unrichtigkeiten in dem Schreiben einzugehen. Es genügt, festzustellen, daß das Oberverwaltungsgericht ausdrücklich gegen die Polizei entschieden hat, daß Versammlungen, nur weil sie von Anarchisten einberufen werden, nicht ohne weiteres verboten werden dürfen. Dazu kommt, daß nicht einmal uns bisher von der Existenz der Anarchisten in Magdeburg etwas bekannt war, daß aber der obige Entscheid des Regierungspräsidenten wesentlich dazu beitragen wird, für die paar Leute, die sich so nennen, eine unverdiente Reklame zu machen. Kommt hinzu, daß die oberen Instanzen diesen Entscheid des Regierungspräsidenten schon aus formalen und rechtlichen Gründen verwerfen müssen, und — wieder war dann preußischer Polizeigeist ein Teil von jener Kraft, die stets (?) das Gute will und stets das Böse schafft. —

— **Es wird wirklich Herbst!** Nach der großen und anhaltenden Hitze hat sich fast über Nacht herbstliche Witterung eingestellt. Die Blätter der Bäume färben sich bedenklich und fallen schon in großer Anzahl von den Bäumen. Eine zwar angenehme aber doch für viele empfindliche Kühle ist abends eingetreten. Die schon früh eintretende Dunkelheit trägt zudem auch ihr Teil dazu bei, den herbstlichen Eindruck zu erhöhen. Während die lang andauernde Hitzeperiode vorüber zu sein scheint, hält die Dürre noch weiter an, womit die an sich schon große Wasserkalamität noch immer wächst und immer größere Lücken in das Erwerbsleben vieler Tausende von Menschen reißt. Nach den neusten meteorologischen Beobachtungen soll trotz der herbstlichen Witterung und der schon vorhandenen Winde eine Rückkehr der Hitze wahrscheinlicher sein als die Aussicht auf ergiebigen und anhaltenden Landregen. —

— **Freie Fahrt für kranke Bahnbeamte und für ihre Familie** usw. Die Freifahrtordnung für die preußischen Staatsbahnen hat soeben eine bemerkenswerte Ergänzung im Interesse der Beamten und ihrer Familien — natürlich nicht der Arbeiter! — erfahren. Insbesondere darf jetzt die freie Fahrt für einzelne bestimmte Reisen in Krankheitsfällen bewilligt werden, und zwar für den erkrankten Beamten oder für erkrankte Mitglieder seiner Familie — nötigenfalls auch für die zur Begleitung erforderlichen Angehörigen — soweit dem erkrankten Beamten oder den erkrankten Familienmitgliedern freie bahnärztliche Behandlung zusteht. Es geschieht dies zur Reise nach dem Wohnorte des Bahnarztes nächstbelegenen Station, sowie zur Reise zu Spezialärzten, nach Krankenhäusern, Bade- und Erholungsorten, wenn dies der Bahnarzt verordnet. Erkrankten und ihren Familienangehörigen, denen freie bahnärztliche Behandlung nicht zusteht, darf in den vorbezeichneten Fällen freie Fahrt für ihre Person und nötigenfalls für einen Begleiter gewährt werden, wenn der Arzt die Reise und die Begleitung anordnet. Kinder von Beamten erhalten jetzt freie Fahrt vom Stationsort zum Besuch von Lehranstalten aller Art, zum Besuch besonderer Unterrichtsstunden und zum Einsegnungsunterricht unter der Voraussetzung, daß am Stationsort keine Gelegenheit für diese Ausbildung vorhanden ist und die nächstgelegene Unterrichtsanstalt benutzt wird. Unter denselben Umständen kann den Kindern von Beamten auch freie Fahrt zur Erlernung eines Handwerks oder sonstigen gewerblichen Berufs bewilligt werden. Der Besuch höherer Lehranstalten für die Einjährigenprüfung sowie der von Hochschulen ist ausdrücklich ausgeschlossen. Auch Kinder, die auswärts in die Schule gehen, erhalten freie Fahrt zu den Ferien. Ferner wird den Frauen und Angehörigen von Beamten auf abgelegenen Stationen freie Fahrt zum Einkauf von Lebensmitteln gewährt. Die Mitglieder von Eisenbahnkrankenkassen erhalten für sich und ihre Angehörigen freie Fahrt zum Besuche des Kassen- oder Spezialarztes, ferner u. a. Freifahrt nach Krankenhäusern, Kliniken, Bade- und Erholungsorten sowie zu geeignetem Landaufenthalt in der Nähe des Wohnortes. Endlich kann die Leiche eines Beamten, Hilfsbeamten oder Arbeiters, der außerhalb seines Dienstortes stirbt, frachtfrei nach diesem befördert werden. — Es ist nur gut, daß man wenigstens für den toten Arbeiter etwas übrig hat. So können doch die „berufsmäßigen Nörgler" nicht sagen, daß Buddes Reformen nur den Beamten zugute kommen . . .

— **Der Regierungspräsident und die Handwerks-Ausstellung.** Wie wir hören, hat sich Herr Dr. Baltz die Aufgabe gestellt, offiziell für die Ausstellung Reklame zu machen. In der letzten Stadtverordnetensitzung in Wernigerode machte der Vorsteher Mitteilung von einem an den Magistrat gerichteten Schreiben des Regierungspräsidenten Baltz, in welchem auf die „Gediegenheit und Reichhaltigkeit der Handwerks-Ausstellung in Magdeburg" hingewiesen und in welchem die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Magistrat ev. mittellosen Handwerkern eine Beihilfe zum Besuch der Ausstellung gewähren würde. Falls sich mindestens 200 Handwerker aus einem oder mehreren benachbarten Orten melden sollten, weist der Herr Regierungspräsident auf die Bereitwilligkeit der Eisenbahnverwaltung hin, einen Extrazug mit Preisermäßigung zu stellen. Der Regierungspräsident blitzt aber mit dieser Fürsorge ab. Stadtv. Kieling machte darauf aufmerksam, daß der in Aussicht gestellte Extrazug von Halberstadt für die Wernigeröder Handwerker wenig Vorteile biete, da er am Abend zu spät nach Halberstadt zurückkehre, um den Anschluß an den letzten Zug nach Wernigerode zu erreichen, und Stadtv. Körber glaubte, daß die Meister, welche sich überhaupt für die Ausstellung interessieren, einen städtischen Zuschuß geradezu als Beleidigung auffassen würden. Außerdem würde es schwer sein, einen für alle Teilnehmer passenden Tag zu finden, da jeder Handwerker naturgemäß den Besuch der Ausstellung auf einen Tag zu legen wünsche, an welchen er möglichst wenig im Geschäft versäume. Unser Genosse Bartels wünschte einen Zuschuß seitens der Stadt von der Bedingung abhängig, daß nicht nur Meister, sondern auch Gesellen berücksichtigt würden und daß ferner nur das Fahrgeld, kein Zehrgeld bewilligt würde. Nach längerer Debatte, in welcher auch darüber gestritten wurde, ob eine Fahrt dritter oder vierter Klasse ersetzt werden solle, wurden 100 Mark zur Verfügung gestellt und der Magistrat beauftragt, durch ein Inserat in den Zeitungen zu erkunden, ob und wie viele Handwerker eine Reisevergütung in Anspruch zu nehmen gedächten. — Man kann nicht sagen, daß das ein Erfolg des eifrigen Regierungspräsidenten zu nennen wäre. —

— **Wie Handwerker leben.** Wenn ein Arbeiterkongreß seinen Delegierten pro Tag etwa 7—10 Mark Diäten bewilligt, entrüstet sich die bürgerliche Presse über diese „Verschwendung der Arbeitergroschen", obwohl in diesen Beträgen meist die Entschädigung für gehabten Lohnverlust einbegriffen ist. Der Innungsausschuß der Handwerkskammer Halle hat am Montag beschlossen, zum Handwerkertag nach Magdeburg vier Delegierte zu entsenden, und zwar die Herren Germer, Grecke, Rammelt und Zander. Die Diäten hat man pro Mann und Tag auf **30** Mark festgesetzt.

Wird die bürgerliche Presse jetzt von der Vergeudung der Handwerkergroschen reden? Und wird es nach wie vor heißen: Die Arbeiter sind begehrlich? —

— **Das Jubiläum seines 15jährigen Bestehens** feiert in diesen Tagen der Verband der Friseurgehilfen. Die Entwicklung der an Mitgliederzahl leider noch recht schwachen Organisation ist an ganz eigenartige Verhältnisse gebunden und kann deshalb nicht mit dem üblichen Maßstabe gemessen werden. In einem Milieu, wie es das Barbier- und Friseurgewerbe darstellt, kann die morderne Arbeiterorganisation schlecht gedeihen. Die Mehrzahl der Unternehmerexistenzen sind Scheinexistenzen. Viele davon sind überhaupt nicht in der Lage, einen Gehilfen beschäftigen zu können, das Gros basiert auf billigen und willigen Arbeitskräften, Lehrlingen und — dem Kost- und Logiszwang unterworfenen — „jungen" Gehilfen. Dem unwissenden Gehilfen wird die Meinung suggeriert, er sei kein gewöhnlicher Arbeiter, da er „ja auch einmal selbständig" werde. Die Organisation sei deshalb für ihn nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich. Der ehrsame Meister hat an den geschäftsstillen Tagen vollauf Zeit, „seinen" Gehilfen in dieser Weise zu bearbeiten und läßt sich dies recht angelegen sein. Ebenso eifrig ist er bemüht, die Werbungen der Organisation von seinem Gehilfen fern zu halten. Zu diesen Schwierigkeiten, die der Agitation entgegenstehen, kommen für die Organisation noch hinzu eine ständig große Fluktuation der Mitglieder, die — wenn sie kaum noch den Organisationsgedanken richtig erfaßt — den Meistern auch schon „zu alt" geworden und somit gezwungen sind, selbständig zu werden.

Trotz alledem hat sich der Verband mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft wacker gehalten und nun schon eine ganze Reihe von Gehilfengenerationen — die recht kurzfristig sind — überdauert. Muß er sich auch damit abfinden, keinen festen Mitgliederstamm bilden zu können, so gilt es doch, seinen Mitgliederkreis bedeutend zu erweitern, wozu er ganz besonders der Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft bedarf. Diese besteht darin, daß die Arbeiter sich mit dem sie bedienenden Gehilfen über Organisation anstatt über das Wetter unterhalten. Möge die Arbeiterschaft beim Besuch der Barbierstube sich stets dieses Wunsches erinnern. —

— **Vorsicht mit Obstresten!** In Sudenburg glitt auf einer Treppe der Handlungslehrling Gustav Talisch infolge herumliegender Obstabfälle aus, stürzte und zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu, der seine Aufnahme in die Krankenanstalt Sudenburg nötig machte. —

— **Von einem Pferd getreten** wurde gestern mittag an der Ecke der Schöneckstraße das 3jährige Kind des Restaurateurs Eitel daselbst. Die Verletzungen waren erheblich, so daß das Kind in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. —

— **Die Leiche eines neugeborenen Kindes** wurde heute früh von einigen Bäckerjungen im Glacis in der Nähe der „Wilhelma" gefunden und später durch einen Kriminalschutzmann nach der Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses gebracht. Die Untersuchung ist eingeleitet. —

— **Von Krämpfen befallen** wurde Donnerstag vormittag in der Gr. Münzstraße ein junger Mann namens Willi Bloßfeld. Hilfsbereite Arbeiter brachten den um sich schlagenden Kranken in einen Hausflur, woselbst der Krampfanfall noch über eine halbe Stunde anhielt, ehe der Aermste, der viel unter Krämpfen zu leiden hat, ins altstädtische Krankenhaus transportiert werden konnte. —

— **Wetterumschlag in Schlesien.** Endlich kommen erfreulichere Nachrichten aus dem von der Dürre so schwer heimgesuchten Schlesien. Wie ein Telegramm meldet, ist jetzt nach einer 11 Wochen lang anhaltenden Trockenheit im Quellgebiet der Elbe ein Landregen eingetreten, der zur Stunde noch anhält. Die schlesischen Flüsse beginnen zu steigen. —

— **Kindesmord?** Im Polizeibericht der bürgerlichen Blätter heißt es heute: Auf der Spur eines Kindesmordes glaubt die hiesige Kriminalpolizei zu sein. Am 20. Juli d. J. abends will eine aus Braunschweig hier zugereiste Frau auf dem Hauptbahnhof ihr etwa 4 Wochen altes Kind, ein Mädchen, an eine gut gekleidete jüngere Frau, die sich Frau Müller genannt habe und nach ihrer Angabe kinderlos sein soll, verschenkt haben. Diese Frau Müller soll ihr durch eine dritte Frau, mit der sie, die Mutter des Kindes, von Braunschweig hierher gereist sein will, zugeführt worden sein. Die Herkunft, der Name und das Alter des Kindes sowie die Verhältnisse der angeblichen Frau Müller sollen zwischen den Beteiligten nicht näher erörtert worden sein, angeblich zur Vermeidung späterer Ansprüche auf das Kind seitens der Mutter. Letztere steht in dem Verdacht, das Kind, über dessen Verbleib sie die vorstehenden Angaben gemacht, in Braunschweig umgebracht zu haben. Angaben, die zur Aufklärung der Sache dienen können, werden bei der hiesigen Kriminalpolizei entgegengenommen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg (Ferien-Strafkammer).
Sitzung vom 24. August 1904.

Mutter und Sohn. Der Bauarbeiter Hermann Würz in Sudenburg, geboren 1885, wird von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Frau Würz, seine Mutter, erhielt dagegen wegen Hehlerei 1 Woche Gefängnis. —

Den Kameraden bestohlen. Der vorbestrafte Kurt Lohse aus Dresden, geboren 1883, stahl am 1. März d. J. in Drakenstedt dem Berufsgenossen Scheische aus einem Glasschrank, nachdem er die Glasscheibe eingedrückt hatte, bar 60 Mark; ferner aus der Stube Kleidungsstücke und Wurstwaren. Dem Lehrling stahl Lohse ein Paar Schuhe und verschwand dann. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 3 Jahre 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Kleine Chronik.

Prügelnde Berliner Reserveoffiziere.

Wie ein Telegramm meldet, verhandelte Mittwoch die Strafkammer des Landgerichts Hannover gegen den Freiherrn v. Bodenhausen, Hauptmann a. D. v. B. und Fabrikdirektor H., sämtlich aus Berlin, die in der Nacht des 21. Mai in Hannover ein Rencontre mit Schutzleuten gehabt hatten. Freiherr v. Bodenhausen als der Hauptschuldige erhielt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt sechs Monate Gefängnis. Die beiden andern Angeklagten kamen mit Geldstrafen von 40 beziehungsweise 200 Mark davon. —

Prügelnder Kapellmeister.

Wegen zahlreicher Mißhandlungen im Dienst wurde der Kapellmeister des 56. Infanterie-Regiments in Kleve in Untersuchungshaft genommen. —

Der Liebesbrief als Ansichtspostkarte.

Der seitens des früheren Reichstagsabgeordneten Pfarrers Colbus an eine Arbeiterfrau in Neunkirchen gerichtete Liebesbrief, der gelegentlich eines Beleidigungsprozesses vor dem Schöffengericht in Saargemünd zur Verlesung kam, wurde von einer Buchhandlung in St. Johann-Saarbrücken seit einiger Zeit als Ansichtspostkarte verkauft. Nunmehr hat die dortige Staatsanwaltschaft den Verkauf inhibieren und den bei dem Buchhändler lagernden Kartenvorrat beschlagnahmen lassen. —

Heiligkeit schützt nicht vor Spitzbuben.

Aus der Kathedrale in Nizza ist während der vorvergangenen Nacht ein silberner Schrein mit Reliquien der heiligen Rosalia gestohlen worden. Der Diebstahl hat in der Stadt das größte Aufsehen erregt. —

Kleine Tageschronik. Aus dem Zentralgefängnis in Fuhlsbüttel sind gestern nachmittag vier Sträflinge ausgebrochen. — Gestern wurde vom Fahrstuhl des Streitschen Hotels am Jungfernstieg in Hamburg ein 15jähriger Liftboy namens Hansen zermalmt, als er versuchte, aus dem in Bewegung befindlichen Lift herauszuspringen. — Wegen versuchten Mordes und Brandstiftung verhaftet wurde in Pfaffroda bei Olbernhau das dort bei dem Pfarrer Elsasser in Stellung befindlich gewesene 15jährige Dienstmädchen Emma Arnold. Die Verhaftete hat versucht, den 2½jährigen Sohn des Pfarrers mittels Lysols zu vergiften. Das Verbrechen konnte glücklicherweise noch rechtzeitig verhindert werden. Als sich die Täterin entdeckt sah, warf sie die Flasche mit der giftigen Flüssigkeit in die Abortgrube. Nach anfänglichem Leugnen legte sie ein offenes Geständnis ab; über den Beweggrund befragt, gab sie an, daß ihr der Kleine zu viel Arbeit mache. Schließlich gestand das Mädchen noch, das Feuer im Pfarrhaus, wodurch das letztere in vergangener Woche fast ein Raub der Flammen wurde, vorsätzlich angelegt zu haben. Die Verhaftete wurde dem Untersuchungsgefängnis in Sayda zugeführt.

Letzte Nachrichten.

Hd. Stettin, 25. August. Bei Wollin kenterte auf dem Dievenow ein Boot mit neun Personen, von denen zwei ertranken.

Hd. Barcelona, 25. August. Die bekanntesten Anarchisten Barcelonas haben einen Aufruf für den allgemeinen Generalstreik, der hier ausbrechen soll, erlassen. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf. Bei Zusendung von Manuskripten für diesen Teil muß stets der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Andernfalls erfolgt keine Aufnahme.

Verband der Kupferschmiede. Sonnabend den 27. d. M., abends 9 Uhr, Sitzung beider Kommissionen bei G. Böhme, Kl. Klosterstraße 15-16. — 105

Naturheilverein Buckau. Sonntag den 28. August Ausflug nach Randau. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Depot. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. — bw.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität, Verein Magdeb., Abt. „Einigkeit" Neue Neustadt. Jeden Freitag Saalfahren und Zusammenkunft im „Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 3. — 78

Schönebeck. Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Sonnabend den 27. August, abends 8 Uhr, in Ehlerts Restaurant, Königstr. 16, Mitgl.-Versammlung. —

Internationale Bibliothek.

(Die fehlenden Nummern sind vergriffen.)

Serie I.

Band

1 Dr. Ed. Aveling, **Die Darwinsche Theorie.** Sechste Auflage. Mit Porträt und Biographie Darwins. Preis gebunden M. 1.—

2 Karl Kautsky, **Karl Marx' Oekonomische Lehren.** Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. Achte, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis gebunden M. 1.—

3 R. Dehmel, **Charles Fourier.** Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalansteres. Preis gebunden M. 1.50.

4 J. Stern, **Die Philosophie Spinozas.** Erstmals gründlich aufgehellt und populär dargestellt. Zweite Auflage. Mit Porträt Spinozas. Preis geb. M. 1.50.

5 R. Dehmel, **Die Frau und der Sozialismus.** Siebenunddreißigste Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

10 Lissagaray, **Die Geschichte der Kommune von 1871.** Dritte Auflage. Illustrierte Ausgabe. Preis geb. M. 3.50.

11 Friedrich Engels, **Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.** Achte Auflage. Preis gebunden M. 1.50.

12 Karl Marx, **Das Elend der Philosophie.** Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends". Dritte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

13 Karl Kautsky, **Das Erfurter Programm** in seinem grundsätzlichen Teil. Fünfte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

14 Friedrich Engels, **Die Lage der arbeitenden Klasse in England.** Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Zweite, durchgesehene Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

16 Dr. A. B. Simon, **Die Gesundheitspflege des Weibes.** Fünfte Auflage. Mit 84 Abbildungen im Text und einer farbigen Tafel. Preis gebunden M. 2.50.

17 Franz Mehring, **Die Lessing-Legende.** Eine Rettung. Nebst einem Anhang über den historischen Materialismus. Preis gebunden M. 3.50.

18 Dr. H. Lux, **Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus.** Mit einer historischen Einleitung und einem Porträt Etienne Cabets. Preis gebunden M. 2.—

20 G. Plechanow, **N. G. Tschernischewsky.** Eine literar-historische Studie. Mit einem Porträt Tschernischewskys. Preis gebunden M. 3.—

21 Friedrich Engels, **Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.** Fünfte Auflage. Preis geb. M. 3.—

22 Josef Dietzgen, **Das Wesen der Philosophie und Briefe über Logik.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 2.—

23 Powell, **Die Englische Gewerkvereins-Bewegung.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 2.—

24 Karl Marx, **Revolution und Konter-Revolution in Deutschland.** Preis gebunden M. 2.—

25 Dr. Rud. Peters, **Der Glaube an die Menschheit.** Naturwissenschaftlich, psychologisch und geschichtlich begründet. Preis gebunden M. 2.50.

26 a, b, c Dr. R. Dodel, **Aus Leben und Wissenschaft.** Gesammelte Vorträge und Aufsätze. Erste Serie in drei Teilen. (Eine zweite Serie ist in Vorbereitung.

26 a — **Leben und Tod.** Illustriert. Dritte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

26 b — **Kleinere Aufsätze und Vorträge.** Dritte Auflage. Preis geb. M. 3.—

26 c — **Wissen oder Darwin?** Eine Schulfrage. Achte Auflage. Preis gebunden M. 1.50

27 E. Bugo (Rindermann), **Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England.** Preis geb. M. 2.50.

28 Gaston Moch, Kapitän a. D. der Artillerie, **Die Armee der Demokratie.** Preis gebunden M. 4.50.

29 Georg Plechanow, **Beiträge zur Geschichte des Materialismus.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 4.—

30 Karl Marx, **Zur Kritik der politischen Oekonomie.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 4.—

31 Josef Dietzgen, **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.** Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft. Mit Porträt. Preis geb. M. 2.—

32 Josef Dietzgen, **Kleinere philosophische Schriften.** Eine Auswahl. Preis gebunden M. 2.50.

33 T. G. Deutsch, **Sechzehn Jahre in Sibirien.** Erinnerungen eines russischen Revolutionärs. Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. Preis gebunden M. 3.50.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme

Jakobstraße 49.

Handwerks-Ausstellung.

Ausstellung von 92 **Grammophons**

Uhren in neuesten Mustern.

Goldwaren

Uhrmacher Hermann Möller,

Buckau, Schönebeckerstr. 107a

Gruppe V, Katalog No. 169.

Pa. neue Emdener **Vollheringe** à Stück 5, 8 und 10 Pf.

Pa. neue **marinierte Heringe**

empfiehlt **Max Amann**

451 Breiteweg 130/131.

Wer bei Kaphengst *kauft*, *spart Geld*

Hemden

für Männer, Frauen und Kinder.

Blaue Monteur-Hosen und -Jacken

373 — in allen Größen und riesiger Auswahl. —

Otto Kaphengst, Sudenbg.

Bettfedern-Versandhaus

Halberstädterstrasse 106a.

Soeben eingetroffen:

Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland

von **August Müller** (Redakteur der Magdeburger „Volksstimme").

Preis Mk. 3.00.

Dieses ausgezeichnete Buch empfehlen wir namentlich allen führenden Genossen in der Arbeiterbewegung, den Arbeitersekretären, sowie den Leitern der Vereinsbibliotheken zur Anschaffung.

Bestellungen nimmt die

Buchhandlung Volksstimme, Jakobstrasse 49

entgegen.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen

zum Preise von 25—60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264 (Scharnhorstplatz).

Aeltestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.

Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 2964

Total-Ausverkauf

wegen 424

Geschäfts-Auflösung!

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

Wilhelmst., Olvenstedterstr. 26

Restbestände der Tischlermeister Fr. Berndtschen **Konkursmasse** und andre Möbel zu jedem **annehmbaren Preis!**

Nur solide Waren. Jedes Stück ist enorm billig ausgezeichnet; beachten Sie bitte die Schaufenster.

Schluß unwiderruflich Ende Oktober.

Neues Hausbackenbrot

sehr groß, ganz vorzüglich im Geschmack **Kaiserstr. 52.**

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.

Freitag: Schellfisch, Salzkartoffeln mit Mostrichsauce.

Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Gelbgießerei

gangbar, hier am Platze, ist altershalber zu verkaufen. Preis 500 Mk. Offerten unter **B. 164** an die Exp. d. Bl. erbeten. 164

Ein tüchtiger **Nähmaschinen-Reisender** gesucht. Offerten unter **H. G. 109** an die Expedition d. Bl. 456

Ein ordentl. Mädchen, am liebsten vom Lande, per sofort gesucht. Buckau, Norbertstr. 1, 1 Tr. links.

Thale. Thale.

Sonnabend den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, **im Gasthof zur grünen Tanne**

Oeffentliche Volks-Versammlung.

450 Thema:

Was muß der Arbeiter von der Arbeiterversicherung wissen?

Referent: Genosse **F. Holzapfel-Braunschweig.**

Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. **Der Einberufer.**

Zirkus. 448

Täglich abends 8 Uhr

Verbotene Liebe.

Berliner Sittenbild in 4 Akten.

Hierauf: **Nachtasyl.**

Parodistische „Untergrunds-Burleske" in 1 Akt.

Sonntag nachmittag 4 Uhr: **Die Perle des Schwarzwaldes.**

Viktoria-Theater.

Freitag den 26. August 1904

Benefiz f. Herrn Alfred Meyer

Der Jongleur.

Original-Posse in 3 Akten v. Emil Pohl. Musik von Conradi.

Sonnabend den 27. August 1904.

Doktor Klaus.

Lustspiel in 5 Akten v. L'Arronge.

Walhalla.

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Achtung! Diesdorf. Achtung!

Sonntag den 28. August 1904

Grosses Gewerkschaftsfest

im Hildebrandtschen Lokale.

Um 3 Uhr großer öffentlicher **Umzug** durch das Dorf. Nachdem **Gartenkonzert, Gesang,** turnerische und athletische **Aufführungen und Kinderbelustigungen.**

Von 7 Uhr ab **Ball,** verbunden mit Saalfahren.

Entree 20 Pf.

Die Gewerkschaften von Diesdorf und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen.

Um zahlreichen Besuch bittet 454

Das Festkomitee.

Handwerks-Ausstellung Magdeburg

1904

Freitag den 26. August

nachmittags von 4—7 Uhr und abends von ½8 bis 11 Uhr

Konzert

des Trompeterkorps des Badischen Dragoner-Regiments No. 21

unter Leitung des Stabstrompeters H. Zimmermann.

457 **Einfache Preise.**

Deutscher Metallarb.-Verband

137 **Verwaltung Magdeburg.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 27. August, abends 8½ Uhr

Bezirk Gr.-Ottersleben im Lokale des Hrn. Strumpf

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen L. Hähnsen.
2. Die Einführung der Klassenbeiträge in unserm Verband.
3. Verschiedenes.

Bezirk Olvenstedt im Lokale des Herrn Schinke.

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstr.

Tagesordnung:

1. Beratung der den Bezirken überwiesenen Anträge.
2. Die Einführung der Klassenbeiträge in unserm Verband.
3. Verschiedenes.

Branche der Klempner und Installateure in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28.

Tagesordnung:

1. Die Lohnbewegungen unsrer Berufskollegen in letzter Zeit.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Osterweddingen u. Beyendorf.

Für die Mitglieder in Osterweddingen und Beyendorf tagt am **Sonntag den 28. August, vormittags 11 Uhr,** zum erstenmal eine Versammlung bei Herrn Butz in Osterweddingen.

Tagesordnung:

1. Die Forderungen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet. Referent: Kollege Louis Hähnsen.
2. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Mitglieder, für einen regen Besuch dieser Versammlungen zu sorgen. Gäste haben Zutritt.

Die Verwaltung.

Schönebeck **Schönebeck**

Sonnabend den 27. August, abends 8½ Uhr in der „Reichshalle"

Große öffentliche

Metallarbeiter-Versammlung

Tagesordnung:

1. **Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein oder Deutscher Metallarbeiter-Verband?** Referent: Kollege Paul Pawlowitsch-Berlin.
2. Diskussion.
3. Die Mißstände in den hiesigen Fabriken der Metallindustrie. 455

Zeugen gesucht!

In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag (20./21. d. M.) wurde ich von einem Ackerbürger in der Sudenburg überfallen und schwer mißhandelt. An der Braunschweiger- und Hesekielstraßenecke haben mich zwei Arbeiter gefunden und zum Arzt gebracht. Ich ersuche die Betreffenden, mir gefälligst umgehend ihre Namen und Adressen anzugeben. Porto ersetze ich.

Felix Ciesielski,

449 St. Michaelstr. 24.

Standesamt.

Magdeburg, 24. August.

Aufgebote: Tischler Gustav Dietrich mit Gertrud Eicke. Handschuhfabrikant Karl Gustav Tiedge in Burg mit Wilhelmine Luise Rüffer hier. Zahntechniker August Moritz Cäsar Marchand mit Karola Johanna Gertrud Mangelsdorff in Berlin. Versicherungsbeamter Willi Franz Menz hier mit Emma Wernicke in Köthen. Handelsmann Gustav Wiese in Altenweddingen mit Anna Marie Krüger in Ziesar. Photograph Max Heidfeld in Genthin mit Elsbeth Lehmann hier.

Geburten: Kurt, S. des Tischlers Kurt Salomon. Karl, S. des Abteilungs-Vorstehers Gustav Segeletz. Klara, T. des Kaufmanns Edmund Bornschein. Else, T. des Arbeiter-Invaliden Gustav Gabriel. Friedrich, S. des kgl. Eisenbahn-Sekretärs Friedrich Heidepriem. Erna, T. des Schutzmanns Hermann Oppermann. Helene, T. des Fabrikschlossers Gottfried Stodtmeister. Barbara, T. des Oberlehrers Dr. Bruno Baumgarten. Wilhelm, S. des Vizefeldwebels Gustav Roth.

Totgeburt: T. unehelich.

Todesfälle: Kurt, S. des Tischlers Kurt Salomon, 1 T. Else, T. unehelich, 10 M. 22 T. Gertrud, T. unehelich, 2 J. 6 M. 5 T. Paul, S. des Arbeiters Friedrich Schulz, 4 M. 17 T. Anna, T. des Arbeiters Albert Duckstein, 4 J. 1 M. 12 T. Marie geb. Reuter, Ehefrau des Eisenbahn-Steindruckers Hermann Franke, 49 J. 11 M. 6 T. Therese geb. Eckelt, Ehefrau des Arbeiters Reinhold Wengel, 46 J. 4 M. 7 T. Witwe Luise Freber geb. Frosch, 64 J. 3 M. 23 T. Friedrich, S. des Fleischers Hermann Kaufmann, 3 M. 28 T.

Sudenburg, 23. August.

Geburten: Otto, S. des Drehorgelspielers Gottfried Buerschaper. Walter, S. des Maschinisten Max Aertel. Rudolf, S. des Drehers Friedrich Raecke. Eduard, S. des Schuhmachermstrs. Stanisl. Minta.

Vom 24. August.

Aufgebot: Oberleut. im Inf.-Regt. Nr. 20 Johannes Wilh. Karl Bansa in Wittenberg mit Marie Eliza Charlotte Johanne Ruprecht hier.

Geburten: Frida, unehelich. Wilhelm, S. des Schmiedemeisters Ernst Fricke.

Todesfälle: Willi, S. des Hausdieners Wilh. Habermann, 3 M. 19 T. Witwe Abel, Sophie geb. Rosenburg, 61 J. 1 M. 21 T. Richard, S. des Arb. Wilh. Vollmann, 7 M. 1 T.

Neustadt, 24. August.

Aufgebote: Former Paul Otto Ernst Gösche mit Ida Luise Marie Müller. Schlosser Friedr. Wilhelm Alb. Tschierschwitz mit Luise Emilie Gössel. Rangierarb. Ewald Bernh. Karl Reitzammer hier mit Anna Henriette Kunstmann in Calbe (S.).

Geburten: Marie, T. des Gelbgießers Walter Hetzer. Therese, T. des Müllers Rud. Nippold. Erna, T. des Arb. Gust. Dankert. Frida, T. des Arb. Eduard Alex. Eberhard, S. des Materialwarenhändl. Christ. Thraene. Paul, S. des Malers Richard Koetz. Hermann Wilhelm, unehelich.

Todesfälle: Ehefrau des Rangiermstrs. Karl Heidel, Albertine geb. Böttge, 59 J. 3 M. 9 T. Hermann, S. des Malers Hermann Stieghahn, 1 M. 14 T. Elisabeth, T. des Böttchers Herm. Klick, 1 J. 1 M. 14 T. Hermann, S. des Akquisiteurs Herm. Schönecke, 4 M. 16 T.

Aschersleben.

Geburten: T. des Maschinenwärters Gustav Rienäcker. T. unehelich.

Todesfälle: Eduard, S. des Arbeiters Eduard Müller, 5 J. 1 M. 17 T. Otto, S. des Bergarbeiters Karl Hartmann, 3 M. 24 T. Margarete, T. des Eisendrehers Otto Kersten, 29 T. Richard, S. der Arbeiterin Berta Lange geb. Brink, 2 M. Hildegard, T. des Schlossermeisters Robert Morgenländer, 5 M. 3 T. Gertrud, T. des Arbeiters Paul Schilling, 10 M. 28 T.

Halberstadt.

Vom 20. bis 23. August.

Aufgebote: Kaufm. Ad. Gust. Folger in Graudenz mit Witwe Bauer, Luise Marie Emilie geb. Backe hier. Bäckermstr. Anton Christ. Fritz Kessel hier mit Johanne Marie Margarete Görlitz in Timmenrode. Arbeiter Friedr. Oskar Zeidler mit Auguste Emilie Jordan, beide in Halle a. S. Kaufm. Rudolf Heinr. Natz hier mit Helene Else Hellwig in Magdeburg.

Eheschließungen: Arbeiter Wilhelm Franzewitz mit Magdalene Cajza.

Geburten: S. des Heizers Franz Hoffmeister. T. des Bauamts-Assistenten Albert Daeter. S. des Formers Wilhelm Ganz. S. des Zigarrenmachers Emil Schwarz. T. des Kaufm. Rud. Strube. T. des Zigarrenmachers Heinr. Giesecke. T. des Schlossermeisters Paul Scholz. T. des Telegraphenarb. Rud. Ehlers.

Todesfälle: Ehefrau des Arb. Friedrich Henneberg, Karoline geb. Cramer, 70 J. 11 M. 6 T. Erich, S. des Heizers Franz Hoffmeister, 6 T. Witwe Luise Oehme geb. Hartmann aus Elbingerode, 72 J. 5 M. 8 T. Ehefrau des Arb. Karl Kunze, Luise geb. Nahrstedt, 52 J. 7 M. 23 T. Johanne Siebert, 63 J. 11 M. 5 T. Paul, S. des Privatm. Heinr. Huschenbett, 6 M. 28 T. Ehefrau des Restaur. Eduard Lude, Marie geb. Niedhard, 59 J. 2 M. 11 T. Ilse, T. des Polizei-Sergeanten Eduard Winkelmann, 10 T. Martha, T. des Ziegeleiarb. Karl Schöning, 2 M. 1 T. Friedrich, S. des Kutschers Wilh. Frühauf, 7 J. 8 M. 27 T. Rentier Karl Engelcke, 80 J. 10 M. 3 T. Elli, T. des Straßenbahn-Wagenführers Otto Karste, 2 J. 6 M. 25 T. Leonhard, S. des Privatm. Albert Krüger, 3 J. 3 M. 13 T. Ehefrau des Arb. Wilhelm Wartenberg zu Derenburg, Auguste geb. Michaelis, 41 J. 9 M. 24 T. Gelbgießer Emil Schrödter, 18 J. 9 M. 11 T. Dorothee, T. des Schlossermeisters Paul Scholz, 1 St. Walter, S. des Schlossers Richard Papendieck, 1 M. 22 T. Hedwig Bosse, 2 J. 6 M. 7 T. Wilhelm, S. des Arb. Friedr. Hartge, 9 M. 8 T.

Schönebeck.

Geburten: Richard, S. des Schlossers Karl Albensleben. Meta, T. des Rangierers Wilhelm Bahr. Martha, T. unehelich in Frohse.

Todesfall: Ella, T. des Salinenarbeiters Karl Herzger, 9 M